Projekte für demokratische Kultur. Das Engagement von Bürgerstiftungen vor Ort



Inhalt

Diese Broschüre ist Teil des Projekts »Gemeinsam den Osten bewegen« der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen von «CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern« und der KARL-KONRAD-UND-RIA-GROEBEN-STIFTUNG.

Der Gebrauch vorwiegend männlicher bzw. abwechselnd männlicher und weiblicher Bezeichnungen durch einige AutorInnen ist ausschließlich dem Interesse der Kürze und Lesbarkeit geschuldet; die Bezeichnungen beziehen in der Regel beide Geschlechter ein.

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Redaktion: Philipp Hoelscher, Matthias Laniado, Timo Reinfrank und Tobias Schenkel
Gestaltung: Design Berlin
Litho/Druck: Ratzlow Druck, Berlin

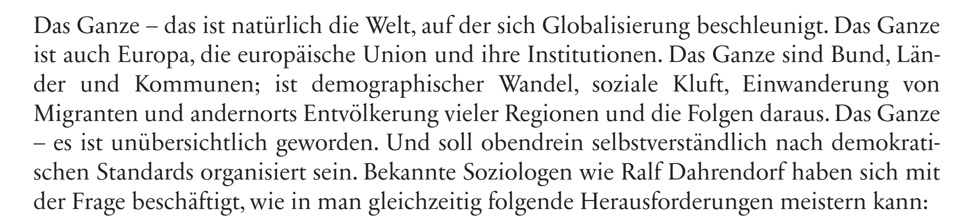
Fotonachweis: Agentur Ahron, Amadeu Antonio Stiftung, Bürgerstiftung Barnim-Uckermark, Bürger.Stiftung.Halle, Bürgerstiftung Neukölln Plus, Kulturamt Neukölln, Minneapolis Foundation, MitBürger e.V., Bürgerstiftung Osthavelland, Bürgerstiftung Parchim, Bürgerstiftung Weimar, Bürgerstiftung ZwischenRAUM Jena

Vorwort



Die Motive eine Bürgerstiftung zu gründen, sind sehr unterschiedlich. In manchen Städten sind es einige wohlhabende Bürger, die gemeinsam ein ehrgeiziges Bauprojekt in ihrer Stadt realisieren wollen und schon weitere Ideen haben. Andere ließen sich von der amerikanischen Idee der *Community Foundations* gern anstecken, um in ihren Städten soziale oder kulturelle Vorhaben zu finanzieren. In reicheren Regionen stellen Bürgerstiftungen oft den Stolz ihres engagierten Bürgertums dar; in ärmeren können sie auch Ausdruck von Sorge sein, vor den Herausforderungen, die durch den demographischen, strukturellen und ökonomischen Wandel auf die Städte und Gemeinden zu kommen.

Stolz, Engagement und Sorge sind drei der wichtigsten Motive auf denen sich in Deutschland Bürgerstiftungen gründen. So sehr sich die Bürgerstiftungen auch unterscheiden, sie haben eines gemein: sie sind Ausdruck der Selbstorganisation von Bürgern (andernfalls sollten sie sich nicht Bürgerstiftung nennen). Die Frage jedoch ist, ob Selbstorganisation in Zusammenhang mit Stolz, Engagement und Sorge schon für sich die notwendigen Werte für moderne Bürgerstiftung in Deutschland sein können. Gewiss unterscheiden sich die Situationen in Stuttgart, Herne und Chemnitz sehr voneinander. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten, obwohl die einen in einer eher reichen Stadt, die anderen in einer durchschnittlichen und die dritten in einer armen Stadt arbeiten. Was also ist das Spannungsfeld, in dem alle drei zu Hause sind? Wie sieht die Situation aus, vor deren Hintergrund heute Bürgerstiftungen handeln? Welche Gefahren und Herausforderungen müssen sie sich stellen? Oder anders formuliert: was ist das Ganze, von dem die Bewegung der Bürgerstiftungen ein Teil ist?



Das Ganze – das ist natürlich die Welt, auf der sich Globalisierung beschleunigt. Das Ganze ist auch Europa, die europäische Union und ihre Institutionen. Das Ganze sind Bund, Länder und Kommunen; ist demographischer Wandel, soziale Kluft, Einwanderung von Migranten und andernorts Entvölkerung vieler Regionen und die Folgen daraus. Das Ganze – es ist unübersichtlich geworden. Und soll obendrein selbstverständlich nach demokratischen Standards organisiert sein. Bekannte Soziologen wie Ralf Dahrendorf haben sich mit der Frage beschäftigt, wie in man gleichzeitig folgende Herausforderungen meistern kann:

Die Welt ist in den letzten Jahren sehr viel globalisierter geworden als bisher. Internet, Weltwirtschaft und Migration haben die Gesellschaften verändert, sie schneller und interkultureller gemacht. Doch diese Zeit bietet nicht nur Vorteile – sie macht es schwerer, die ökonomischen Standards zu halten. Das kann dazu führen, dass die daraus entstehenden Kräfte, die Gesellschaften auseinander treiben. Eine Frage ist also, wie man ein soziales Auseinanderdriften verhindern kann. Eine zweite ist, was uns unter diesen neuen Bedingungen statt des Traditionellen zusammenhält. Die Gefahr ist groß, dass dabei die demokratische Kultur beschädigt werden könnte. In Krisen können leicht autokratische Regime entstehen, die Zusammenhalt versprechen und ökonomisch wie politisch stringent und nicht rechtsstaatlich verfahren. Dabei spielen historische Erfahrungen eine Rolle, Werte und gesellschaftliche und politische Traditionen. Es ist also durchaus vorstellbar, dass es geschichtliche Muster gibt, auf die zurückzufallen in schwierigen Zeiten durchaus denkbar ist. Mit anderen Worten: Situationen von hoher globaler Konkurrenz schaffen auch Verlierer, und damit ein Dilemma, in dem es so scheint, als würden Wohlfahrt, sozialer Zusammenhalt und demokratische Kultur nicht mehr zusammenpassen. Und die Versuchung darauf mit einer starken Regierung autoritär zu reagieren, ist sehr groß.

Diese Gefahr besteht in Deutschland auch, denn es gibt auch hier ein Muster autoritären und ausgrenzenden Denkens und Handelns. Der Mythos, dass die Nationalsozialisten vor allem wegen der fünf Millionen Arbeitslosen die Macht ergreifen konnten, hält sich hartnäkkig. Gerade so als hätte es in anderen Ländern keine wirtschaftlichen Krisen gegeben, scheinen Zivilisationsbrüche wie der Holocaust in Deutschland durch soziale Verwerfungen erklärt bzw. geradezu gerechtfertigt. Es gibt sie also, die sprichwörtliche „deutsche Angst“, in deren Wesen die Abwertung anderer und der Hang zum Autoritären fest verankert sind. Bedeutet dies nun, dass es unter solchen Konditionen unausweichlich zu undemokratischen Verhältnissen kommen muss? Was kann man tun, um das zu verhindern? Auf die Politik warten? Oder die Zivilgesellschaft in Gang setzen?

Nun, gewiss bedarf es auch politischer Veränderungen, um auf die Verhältnisse zu reagieren und jeder Bürger kann durch seine Mitarbeit in den Parteien und sein Wahlverhalten Ein-

fluss nehmen, wie Politik gestaltet wird. Meist jedoch ist diese Gestaltungsmöglichkeit nicht unmittelbar; es braucht einen langen Weg bis vom politischen Willen einer Partei die Veränderung in der Kommune spürbar werden kann. Was also kann der Bürger derweil tun, um seine Umgebung zu gestalten, Probleme aufzugreifen und den Zusammenhalt zu fördern? Wie ist es grundsätzlich möglich, demokratische Kultur von den Gefahren der neuen Entwicklungen zu schützen?

Eine der Antworten ist die Bürgerstiftung. Sie kann als eine Form organisierter Zivilgesellschaft sehr direkt auf die Fragen und Probleme ihres Gemeinwesens eingehen und hier einen wichtigen Beitrag bei seiner Gestaltung leisten und neuen Zusammenhalt schaffen. Doch reicht das schon, um auch dem Anspruch auf wirklich demokratische Kultur gerecht zu werden? Ist die Organisationsform der Stiftung mit ihren Gremien schon ausreichende Garantie für die Förderung demokratischer Kultur? Und was bedeutet eigentlich demokratische Kultur im Alltag?

Demokratische Kultur ist vor allem eines: die bedingungslose Gleichwertigkeit aller Menschen. Das ist ein nicht verhandelbarer Grundwert, so steht es in der Verfassung. Dies ist Voraussetzung für jede Demokratie. Alle Menschen sind gleich viel wert – heißt für die Alltagskultur natürlich, darauf zu achten, wo und wie dieser Standart verletzt wird. Denn er wird verletzt: Menschen werden diskriminiert und abgewertet, beschimpft, misshandelt oder sogar ermordet, weil sie nicht als gleichwertig gesehen werden. Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Homophobie, um nur einige zu nennen, sind die Symptome einer krisenhaften Entwicklung, in der die Menschen immer mehr dazu neigen, Minderheiten auszugrenzen und abzuwerten. Die Gewalttäter unter ihnen fühlen sich geschützt und bestätigt durch das Schweigen und die Duldung ihres Handelns durch einen großen Teil der Bevölkerung.

Bei einer Bürgerstiftung also, der dies bekannt ist und die sich dennoch von solchen vermeintlich zu politischen Themen abwendet, besteht durchaus Grund zur Sorge, dass sie demokratische Standards ignoriert. Sie mag vielleicht ein interessantes Geschichtsprojekt fördern oder der Kunst zugeneigt sein, wenn sie jedoch ignoriert, dass es in ihrer Stadt regelmäßig zu Übergriffen von Neonazis auf Asylbewerber kommt, oder dass Romakindern der Schulbesuch unmöglich gemacht wird, ignoriert sie auch das das Menschenrecht auf Gleichwertigkeit.

Ein Grund mag in Unerfahrenheit liegen oder einem Mangel an Wahrnehmung. Dies lässt sich ausgleichen, wenn an der Bürgerstiftung auch Menschen beteiligt sind, die hier ein Problembewusstsein haben. Was aber wenn die Rechtsextremen selbst bereits Teil der Zivilgesellschaft geworden sind? Wenn sie schon den Elternbeiräten vorsitzen, Schützenvereine leiten oder die Feuerwehr dominieren? Stolz, Engagement und Sorge können auch von Neonazis benutzt werden, um stets weiter in die gesellschaftliche Mitte einzudringen. Was, wenn Unerfahrenheit und rechter Wille zur Dominanz des Alltags aufeinander stoßen?





Kann es dann zu einer braunen Bürgerstiftung kommen? Die Antwort ist: ja, das ist möglich. Wenn die Bürgerstiftungen sich selbst keine Präambel für ihre Satzung schaffen, die ganz klar auf den demokratischen Grundwerten besteht.

Nun, mitunter wird dies mit Empörung abgelehnt, denn so heißt es, es käme einer Unterstellung gleich. Selbstverständlich handle man nach demokratischen Grundsätzen. So selbstverständlich, dass es keiner besonderen Erwähnung bedürfe. Doch das Selbstverständlichste ist meist auch das Schwerste, denn es erfordert Wahrnehmung von unbequemen Problemen, Konfliktfähigkeit, ein mühsames Ringen um gute Lösungen für den Alltag. Es erfordert wirklichen Schutz vor Übergriffen und Diskriminierungen für alle Personen im Gemeinwesen als wichtigste Aufgabe der demokratischen Zivilgesellschaft. Es erfordert darauf zu achten, dass es keine allzu großen Brüche im Gemeinwesen gibt – wie zwischen Einwanderern und Deutschen oder zwischen sozial Schwachen und solchen mit sicherem Einkommen. Diese Klüfte können entstehen, doch eine demokratische Bürgerstiftung sollte sich darum bemühen, sie zu überwinden. Sie sollte sich um Integration kümmern – für alle – statt vor Desintegration die Augen zu verschließen. Sie sollte Interesse daran haben, alle gesellschaftlichen Gruppen an der Arbeit zu beteiligen, auch die Minderheiten. Partizipation wirkt allemal belebender und lebendiger als paternalistisches Helfen.

Eine Bürgerstiftung, die den Gefahren dieser Zeit etwas entgegensetzen will, sollte daher die Grundrechte eines Jeden als das Betriebssystem allen Handelns sehen: der Schutz jedes Einzelnen, das Bemühen gesellschaftliches Auseinanderbrechen zu überwinden, die Beteiligung aller als eine Schule der Demokratie zu verstehen, Konflikte und Gefahren zu thematisieren und auf die Tagesordnung dieser Bürgerstiftung zu setzen. Denn selbst wenn eine vielleicht noch kleine und junge Bürgerstiftung nicht all dies erfüllen kann, so ist sie doch immer in der Lage Ungleichwertigkeitsideologien wahrzunehmen und in der Öffentlichkeit anzusprechen.

Die Bürgerstiftungen sind heute Hoffnungsträger, denn auf der kommunalen Ebene wird Vieles für die Zukunft entschieden. Das soziale Kapital in jeder Stadt ist längst noch nicht in Weise zum Blühen gekommen, wie es möglich wäre. Die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, unabhängig von ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, der Farbe ihres Passes sind Teil eines sich verändernden Gemeinwesens. Sie können dafür sorgen, dass es nicht auseinander bricht, dass der Zusammenhalt von Morgen nicht über ausschließende Kriterien wie Religion, Hautfarbe oder Nationalität definiert wird und dass auch die lokalen Möglichkeiten Arbeit und Perspektive zu schaffen nicht abgeschrieben werden. Alle Bürgerstiftungen haben das Potential und auch die Verantwortung sich mit Stolz, Engagement und Sorge auf die Herausforderungen einzulassen und die Gefährdungen der demokratischen Kultur ernst zu nehmen. Hier ist die Möglichkeit, denn Bürgerstiftungen können alles tun: Bauprojekte, kulturelle Vorhaben oder soziales Engagement – wenn sie es verstehen als Schule der Demokratie für alle im Gemeinwesen.

I. Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure

Bürgerstiftungen im Gemeinwesen: Gestaltungs- und Engagementpotenzial für Demokratie

Timo Reinfrank

Vor über zehn Jahren wurde als erste Bürgerstiftung Deutschlands die Stadtstiftung Gütersloh gegründet. Seitdem verzeichnen die Stiftungsaufsichten der Bundesländer einen regelrechten Gründungsboom von Bürgerstiftungen. Mittlerweile existieren ca. 150 Organisationen dieser Art in Deutschland, davon fast 20 Prozent in Ostdeutschland. Dass diese Idee so populär geworden ist, hat mehrere Ursachen. Die wohl Wichtigste ist, dass als Reaktion auf die weltweite Globalisierung der Lokalbezug immer wichtiger wird. Weiter gehören sinkende Staatseinnahmen und zugleich ein steigendes, äußerst ungleich verteiltes Privatvermögen dazu. Auch die viel besprochene Politikverdrossenheit als Zeichen nachlassenden Vertrauens in die staatliche Handlungsfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme begünstigt neue Formen politischer Praxis. Bürgerstiftungen wollen sich aktiv und gestaltend in das städtische Leben einbringen. Sie sind auf dem Weg, ein entscheidender Akteur im Gemeinwesen der Städte und Kommunen zu werden. Wenn von den Erfahrungen aus anderen westeuropäischen Ländern und den USA ausgegangen werden kann, werden Bürgerstiftungen in absehbarerer Zeit eine Führungsrolle in der städtischen Zivilgesellschaft einnehmen.

Eine Bürgerstiftung ist zunächst nicht mehr und nicht weniger als ein Zusammenschluss mit Gemeinnützigkeitsbindung zur zweckgebundenen Kapitalsammlung – sei es Sozial-, Human- oder Finanzkapital. Die Idee der *Community Foundation* stammt aus den USA und gelangte über den Umweg Großbritannien nach Deutschland. Der Begriff *community* beschreibt einen geografischen Ort, also eine Kommune, eine Stadt oder eine überschaubare ländliche Region, an den Menschen gebunden sind und der ihnen einen Sinn für Identität und Zusammenhalt verleiht. *Foundation* bedeutet Stiftung. Ins Deutsche wird *Community Foundation* meist als Bürgerstiftung, manchmal auch als Stadtstiftung übersetzt. Der Begriff Bürgerstiftung hat sich durchgesetzt, weil soziale, kulturelle und ökologische Zwecke in der Kommune »von Bürgern für Bürger« gefördert werden. In der Praxis ist die Bürgerstiftung eine Art Sammelbecken, Umschlagplatz und Koordinierungsstelle einerseits von Kräften wie Geld, Zeit oder Ideen und andererseits von Bedürfnissen, vor allem dem nach der Verbesserung von sozialen, kulturellen und ökologischen Missständen in der Kommune.

Ebenso ist die Bürgerstiftung aktiv daran beteiligt, soziales und kulturelles Engagement sowie Partizipation in der Stadt oder Region zu fördern; sie stärkt eine demokratische Zivilgesellschaft. Die Bürgerstiftung regt die Menschen zum Stiften und zum gemeinnützigen Engagement in ihrer Region an und bietet ihnen sinnvolle Zwecke und Zielprojekte, in die sie investieren können. In diesem Sinne ist die Bürgerstiftung eine Dienstleistungsagentur für Personen, die sich gerne in ihrer Stadt oder Region engagieren wollen. Bürgerstiftungen stehen historisch in der Tradition eines modernen Verständnisses von Zivil- und Bürgergesellschaft, das sich an die Ideen der Philosophen John Locke und Charles Montesquieu sowie des Staatstheoretikers Alexis de Tocqueville anlehnt. Die Zivil- und Bürgergesellschaft ist eine »Schule der Demokratie«, in der über die tägliche Praxis der solidarische Umgang miteinander demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung eingeübt werden. Die Zivilgesellschaft stellt damit der Demokratie ein Werte tragendes Potential zur Verfügung.



Als unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation kann eine Stiftung die Interessen der verschiedenen Gruppen in der Kommune gegenüber der lokalen Regierung vertreten. Sie kann Innovation fördern, soziale Missstände thematisieren und zur Demokratisierung der lokalen Kultur beitragen. Demokratisch ist die Bürgerstiftung aber nur dann, wenn nicht nur ihre

Strukturen demokratisch sind, sondern auch ihre Werte, wenn sie Grundstandards wie die Gleichwertigkeit aller Menschen und den Schutz von Minderheiten selbst praktiziert und in der Kommune einfordert.
Aus diesem Verständnis sind die fünf wichtigsten Merkmale einer Bürgerstiftung für demokratische Kultur:



1. Bürgerstiftungen arbeiten in einem geografisch eingegrenzten Wirkungskreis: in einer Stadt, einem Landkreis oder einer Region.

2. Eine Bürgerstiftung sammelt Spenden und baut ein Stiftungskapital auf, aus dessen Erträgen sie selbstständig Programme durchführt und somit längerfristig zum unabhängigen Partner von Kommune, Wirtschaft und anderen Akteuren im lokalen Umfeld wird. Zum Aufbau des Kapitals gehören Aktivitäten wie Fundraising, Finanzverwaltung und Dienstleistungen für Spender. In der Anfangsphase kann der Aufbau eines Stiftungskapitals auch von außenstehenden Geldgebern in Form von *Matching Funds* gefördert werden: Eine Person, eine Institution oder ein Unternehmen stellt einen größeren Betrag zur Verfügung, aus dem jeder Euro, der in der Kommune gesammelt wird, mit einem weiteren Euro verdoppelt wird. Dieser Anreiz erleichtert die ersten Schritte einer Bürgerstiftung erheblich. Doch gibt es genug Beispiele von Bürgerstiftungen, die im Wohnzimmer begonnen und das Kapital ausschließlich in ihrer eigenen Umgebung gesammelt haben.

3. Bürgerstiftungen machen ihre Arbeitsweise transparent und informieren Geldgeber und Öffentlichkeit regelmäßig über Ziele, Aktivitäten und Mittelverwendung. Dazu gehört ein unabhängiger Vorstand, der idealerweise die verschiedenen Gruppen in der Kommune demokratisch repräsentiert. Der Vorstand entscheidet über das Programm der Stiftung und die Projekte, die gefördert werden.

4. Die Bürgerstiftung unterstützt mit ihren Erträgen zivilgesellschaftliches Engagement, stärkt Eigeninitiative und leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert innovative Projekte und schließt mit eigenen Projekten und Programmen Lücken staatlichen Handelns. Diese Programme sollten möglichst breit angelegt und weder auf partikulare Interessen noch auf einen engen Bevölkerungsausschnitt begrenzt sein.

5. Bürgerstiftungen sind vor allem auch Diskussionsforum und Sprachrohr für wichtige Themen in der Kommune, die alle angehen. Sie können zu demokratischen Prozessen in Staat und Gesellschaft anregen und ermutigen.

Die Idee der Bürgerstiftungen für demokratische Kultur beruht auf der Vorstellung einer in neuer Form organisierten Zivilgesellschaft, die in einer entwickelten Demokratie auf kommunaler Ebene Aufgaben übernehmen kann, die der Staat aus unterschiedlichen Gründen nicht zu leisten in der Lage ist. Es ist also nicht nur das Fehlen von Geld, auch in Zeiten knapperer Kassen, es ist vor allem der Mangel an Innovation und die Unfähigkeit, Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen, die bürokratisches, staatliches Handeln charakterisiert. Stiftungen können Einfluss nehmen, indem sie neue, sinnvolle Strategien entwickeln und die Verwaltung über blockierende Zuständigkeitsgrenzen hinweg in dieses Handeln einbeziehen.[1]

Neue kommunale Herausforderungen

Die Stadt wird für immer mehr Menschen zum zentralen Ort des politischen Handelns. Hier wird gelebt, gearbeitet, gelernt. Hier findet politische und soziale Integration im Kiez, im Stadtteil oder im Bezirk statt. Die kommunale Ebene ist also für politische und gesellschaftliche Teilhabe von zentraler Bedeutung. In der politischen Debatte wird angesichts knapper Kassen und engagierter Reformvorhaben allerorten viel über die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements gesprochen. Damit verbunden wird ein neues Verständnis des Staates im Bezug zur Gesellschaft. Bürgerengagement in Form von Bürgerstiftungen antwortet auf diese Diskussion; allerdings sieht sich das Bürgerengagement mit komplexen lokalen, nationalen und globalen Problemen konfrontiert. Es ist eine Aufgabe für alle Einwohner, sich diesen Herausforderungen zu stellen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Eine solche Perspektive ermöglichen Bürgerstiftungen, in denen die Verteidigung demokratischer Grundwerte einen zentralen Arbeitsschwerpunkt darstellt. Die Bürgerstiftungen setzen aktiv demokratische Grundprinzipien um: Menschenrechte und Minderheitenschutz, Gleichwertigkeit und Chancengleichheit sowie die Anerkennung der Vielfalt von Kulturen und Lebensstilen sind für sie zentral – oder sollten es zumindest sein.



Ausgehend von diesem konzeptionellen Rahmen müssen Bürgerstiftungen auf die spezifischen Probleme in ihrer Region reagieren. Häufig leisten sie Pionierarbeit in Bezug auf ein demokratisches Bewusstsein. In gesellschaftlichen Umfeldern, die zum Beispiel in Ostdeutschland immer noch schwer von dem Umbruch nach 1989 und einem daraus resultierenden Rückzug ins Private geprägt sind, ist es schwer, Bürgerinnen und Bürger für eine demokratische Kultur zu begeistern. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in vielen, vor allem in den ländlichen Regionen, fördern dagegen eine «Kultur der Resignation«. Funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen, die eine nicht-ausgrenzende, positive Identifikation mit dem Gemeinwesen ermöglichen, sind deshalb sowohl für eine nachhaltige Stadtentwicklung als auch für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas zentral, in dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sich nicht ausbreiten können.
Vielerorts ist die Situation in den Städten durch Deökonomisierung, Arbeitsmarkteinbrüche, Abwanderung aktiver Bevölkerungsschichten und einen Mangel an demokratischer Kultur geprägt. Im ländlichen Raum entvölkern sich ganze Regionen, so dass es fast unmöglich wird, staatliche Infrastrukturleistungen aufrecht zu erhalten. Verfall, Leerstand und Abriss bestimmen das Bild vieler Dörfer und Städte. Der von der Globalisierung ausgehende wirtschaftliche Druck verschärft den Standortwettbewerb zwischen den Kommunen. Demographischer Wandel zwingt sie zur kostspieligen Anpassung der lokalen Infrastruktur. Neue soziale Polarisierungen, der Verlust politischer Steuerungsmöglichkeiten oder der Rückzug ökonomischer Eliten aus der Solidargemeinschaft verdichten sich in den Städten und Kommunen zu neuen Problemlagen. Diese Situation wurde in den letzten Jahren unter den Stichworten der »gespaltenen Kommune« oder der »bedrohten Stadtgesellschaft« beschrieben. Verlierer sind die schwachen Gruppen, die Opfer ökonomischer Modernisierung und ethnische Minderheiten. Weitere Folge ist eine immer stärkere soziale wie ethnische Segregation innerhalb der Städte, die sich gegenseitig kumulativ verstärkt. Resultat der Entwicklung – neben der sich selbst verstärkenden Abwärtsentwicklung aus Verarmung, der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes und der Erschwerung sozialer Lernprozesse – ist, dass sich die (Vor-)Urteile verstärken. Menschenfeindlichkeit, Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte, Sexismus und Obdachlosenfeindlichkeit nehmen zu. Die Verbesserung der Lebensqualität und der demokratischen Kultur bleibt angesichts dieser aktuellen Entwicklungen in den Städten auf der Strecke.

Was können Bürgerstiftungen vor Ort tun?

Um den gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können, ist Umdenken notwendig: politische und soziale Interventionen müssen sehr viel stärker sozialräumlich gedacht und ausgeführt werden. Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer schreibt in seiner Studie »Deutsche Zustände«: »Das große Wort von den gesellschaftlichen Veränderungen muss ‚kleingearbeitet' werden, und zwar vorrangig auf der Ebene der Städte und Gemeinden, also innerhalb eines Rahmens, den die Menschen noch ansatzweise in ihren Zuständen, Wirkungszusammenhängen, wichtigen Akteuren, mobilisierbaren Gruppen etc. überschauen – und wo sie am ehesten noch Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können.«[2]
Hierauf zielt die Arbeit im Gemeinwesen, die Sozialräume wie Nachbarschaften, Stadtteile

und Gemeinden zum Gegenstand von Intervention nimmt. Im Gegensatz zu anderen Interventionsformen zeichnet sich diese Arbeit durch das starke Bemühen um Professionalität aus. Gemeinwesenarbeit zielt nicht nur auf die Verhaltensänderung Einzelner, sondern versucht, in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Betroffenen die Lebensqualität vor Ort zu steigern und die das Gemeinwesen beeinträchtigenden Probleme konstruktiv und lösungsorientiert aufzugreifen und schließlich demokratische Willensbildungsprozesse zu ermöglichen.

Bürgerstiftungen sind mit ihren Projekten, über die sie überwiegend im Gemeinwesen sichtbar werden, auch ein Teil der Gemeinwesenarbeit. Die Aktivitäten der Bürgerstiftungen im Gemeinwesen sind, ob operativ oder fördernd, sehr vielfältig. Sie setzen sich beispielsweise mit der Entwicklung ihrer Stadt auseinander, unterstützen Jugendliche bei der Suche nach Zukunftsperspektiven und bekämpfen demokratiefeindliche Einstellungen. Bisher dominieren bei deutschen Bürgerstiftungen vor allem angebotsorientierte Projekte in den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales und Umwelt. Teilweise sind die Projekte Resultat von Fundraisingstrategien oder beruhen auf Wünschen der Stifter und Spender der Bürgerstiftungen. Da sich viele Bürgerstiftungen noch in der Aufbauphase befinden, sind wenige Projekte partizipativ und nachfrageorientiert entstanden oder berücksichtigen die städtischen Minderheiten. Eine Ausnahme ist die Zielgruppe der Senioren, die durch das *Agenda Setting* der Bundesregierung auch durch die Bürgerstiftung Aufmerksamkeit erfahren. Interessant ist, dass sich die Zielgruppe »Frauen« und Projekte, die die Geschlechterverhältnisse nicht ausblenden, nur sehr selten in der Arbeit der Bürgerstiftungen wieder findet. Überlegte Strategien und Gemeinwesenkonzepte sind aber für Bürgerstiftungen überlebensnotwendig und zentrale Voraussetzung für den langfristigen Erfolg.

Deshalb sollten Bürgerstiftungen für demokratische Kultur in der Projektarbeit die folgenden zehn Punkte berücksichtigen:

- Können die Projekte eine Klimaverbesserung im Sinne demokratische Kultur erreichen?
- Werden schwache Gruppen gestärkt und Anerkennung ermöglicht?
- Werden offene *Bridging*-Netzwerke ohne Schranken auf demokratischer Basis geschaffen?
- Arbeitet das Projekt inklusiv bzw. werden alle Gruppen der Stadt repräsentiert?
- Werden Gleichwertigkeitserfahrungen ermöglicht?
- Findet eine strukturelle Menschenrechtsorientierung statt?
- Ermöglicht das Projekt eine Akzeptanz von nichtmehrheitsfähigen demokratischen Gemeinschaften innerhalb der Stadtgesellschaft?
- Werden Integration, Partizipation und Vielfalt gefördert und erfahrbar gemacht?
- Berücksichtigt die Arbeit geschlechtsspezifische Dimensionen?
- Werden lokales Wissen, lokales Kapital und lokale Initiative mobilisiert?

Die entscheidende Frage für die Arbeit vor Ort lautet letztlich, wie eine Stadt oder Kommune allen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern größtmögliche Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Soziale und kulturelle Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen sollen dabei nicht eingeebnet, sondern wahrgenommen und anerkannt werden. In praktischer Hinsicht geht es für Bürgerstiftungen darum, differenzierte und flexible Projektkonzepte zu entwickeln, die helfen, gesellschaftliche Hierarchien abzubauen und allen Stadtbürgerinnen und -bürgern passende Lebensformen zu bieten und dabei auch unterschiedliche Normen und Lebensentwürfe zu berücksichtigen. Die Städte werden auch in Zukunft die Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Probleme und Konflikte sein, deshalb müssen Bürgerstiftungen Orte der Innovation und der Emanzipation sein.[3]

Anmerkungen:

(1) Vgl. zum Konzept »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur« den Artikel »Bürgerstiftungen in den neuen Bundesländern – Katalysatoren einer demokratische Kultur« von Timo Reinfrank, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Bürgerstiftung für demokratische Kultur. Berlin 2005 sowie den Aufsatz von Anetta Kahane, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte. Gütersloh 2000.

(2) Zit. nach Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt a. M. 2005

(3) Vgl. Hartmut Häußermann/Walter Siebel. Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt 2004

Die Bürgerstiftung – ein nützliches Modell für unsere Stadt?

Christian Petry

In vielen Städten stellen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger die Frage, ob eine Bürgerstiftung ein gutes Modell für die Weiterentwicklung der Stadt wäre und, wenn diese Frage bejaht wird, wie eine solche Bürgerstiftung aufgebaut werden könnte und von welchen Erfahrungen anderer Bürgerstiftungen man dabei ausgehen kann.

Argumente für eine Bürgerstiftung

Um das Ob beurteilen zu können, sollte man vier Fragen beantworten können:

1. Gibt es soziale Probleme und öffentliche Aufgaben, bei deren Bewältigung es privater Initiative bedarf?

Auch die fiktive Stadt, um die es im Folgenden exemplarisch gehen soll, ist gewiss kein Land der Seeligen: Das Problem der Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen zum Beispiel mag hier geringer sein als in den sozialen Brennpunkten der Bundesrepublik; dass dies aber eine befriedigend bewältigte Aufgabe sei, wird vermutlich niemand behaupten. Daher ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass dies ein Stiftungsthema werden könnte.

Ähnliches ist zu sagen über die Aufgabe der Integration von Migranten: Dies ist zweifelsfrei eine Aufgabe, die die Verwaltung nicht allein mit der Aussicht auf Erfolg bearbeiten kann, sondern wo es vielmehr die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Bürgergesellschaft mit allen ihren Initiativen braucht.

Auch die Kultur, die Umwelt oder die Stärkung demokratischer Kultur stellen Aufgaben, deren Bearbeitung das verlangt, was heutzutage oft als *public private partnership* bezeichnet wird. Es braucht, kurz gesagt, in nahezu allen gesellschaftspolitischen Bereichen die Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Und Bürgerstiftungen können hierfür gute Voraussetzungen schaffen.

2. Wird private Initiative vor allem wegen der Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte wichtiger, oder gibt es dafür auch andere Gründe?

Geld ist sicher wichtig. Viele sinnvolle Zwecke ließen sich heute gar nicht mehr verfolgen, wenn es nicht die Bereitschaft auf privater Seite gäbe, sich finanziell zu engagieren. Aber wenn man an die Gefährdungen demokratischer Kultur, an die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen und die Integration von Migranten denkt, dann wird deutlich, dass in diesen Bereichen eine langfristige und strukturelle Zusammenarbeit notwendig ist. Es geht hier eben nicht um Spenden zur Abwendung einer aktuellen Not. Diese sind gewiss auch wichtig, aber notwendig ist oft nicht Mildtätigkeit, sondern nachhaltiges Engagement für eine soziale Entwicklungsarbeit. Von Bürgerstiftungen kann erwartet werden, dass sie zu solch nachhaltiger Entwicklungsarbeit in der Lage sind.

3. Gibt es Ansätze, an die man anknüpfen kann?

Ja, die gibt es vermutlich auch in der Stadt, die hier zur Debatte steht. Es ist zugleich leichter und schwieriger, wenn es bereits viele Initiativen in allen Bereichen gibt: Leichter ist es, weil man in der Stadt von Engagement und Kompetenzen bei den Bürgerinnen und Bürgern ausgehen kann. Und es ist schwieriger, weil oft Misstrauen, Eifersucht und Konkurrenzängste überwunden werden müssen.

4. Was aber kann die Bürgerstiftung, was die Vereine und Initiativen nicht können? Was nützt ihnen eine Bürgerstiftung?

Die Bürgerstiftung kann Kapital sammeln. Sie hat das Ziel, sich zu einer Geld gebenden Einrichtung zu entwickeln, und sie ist nicht an einzelne Zwecke gebunden, sondern kann übergreifende Ansätze verfolgen. Bürgerstiftungen sammeln ihrerseits Stiftungen und Zustiftungen, deren Erträge den einzelnen Initiativen und Vereinen zu Gute kommen können. Kurz, die Bürgerstiftung ist ein Instrument der Nachhaltigkeit. Sie kann Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen stiften, z. B. zwischen Kunst, Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft.

Es gibt also viele Aufgaben, die ein nachhaltiges Bürgerengagement erfordern. Eine Bürgerstiftung kann einem solchen Engagement eine gute und stabile Form geben. Es gibt deswegen eine sich ausbreitende Tendenz großer Wohlfahrtsverbände, eigene Stiftungen zu gründen, um sich selbst eine Kapitaldecke zu schaffen. So hat z. B. in Essen die Arbeiterwohlfahrt eine eigene Bürgerstiftung gegründet. Die Idee, die hinter der Bürgerstiftung steht, ist aber eigentlich eine andere: eine fördernde Einrichtung aufzubauen, die potenziell allen nützt und nicht nur einzelnen.

Wege zum Aufbau einer Bürgerstiftung

Bei der Frage nach dem Wie sollten vier Punkte berücksichtigt werden:

1. Die Bürgerstiftung muss das Vertrauen von Mäzenen gewinnen und zugleich viele Menschen an der Gestaltung der Stiftung beteiligen.

Bürgerstiftungen können auf unterschiedliche Weise entstehen: Ein Mäzen kann den Anstoß geben, oder ein Unternehmen kann durch einen großen Beitrag die Basis für die Gründung einer Bürgerstiftung schaffen. Der Gemeinderat kann zum Jubiläum einer Stadt eine Stiftungsgründung anregen oder eine solche Initiative anderer unterstützen. Ein kleiner Kreis wohlhabender und angesehener Bürger mag aus der Zusammenarbeit in einem Club für die Förderung sozialer Projekt die Konzeption einer Stiftung entwickeln und dafür Geld sammeln.

Für all diese Möglichkeiten gibt es bereits Beispiele in Deutschland. Auf welche Weise die Bürgerstiftung auch immer entsteht, sie muss sehr bald die Frage beantworten können, wem die Stiftung gehört – den wohlhabenderen Gründern aus der Welt der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung, oder aber den vielen Engagierten, die neben (weniger) Geld auch ihre Ideen und ihre Zeit einbringen und ihre Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten vergrößern wollen?

Eine Bürgerstiftung der Stadtverwaltung, der Unternehmer oder Honoratioren wird sich nicht erfolgreich entwickeln können, wenn sie die Vielen nicht angemessen an der Gestaltung der Stiftung beteiligt. Eine Bürgerstiftung ist, stärker als die großen themenorientierten Stiftungen, darauf angewiesen, dass eine breite Schicht engagierter Bürger sie zu ihrer Sache macht. Das bedeutet, dass man um vielleicht schwierige Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse nicht herumkommt, denn die Bürgerstiftung ist prinzipiell offen für viele, sehr heterogene Wünsche und Impulse aus der Bürgergesellschaft. Schon das erforderliche Grundkapital von 50.000 € für eine Anerkennung als Stiftung privaten Rechts sollte daher durch möglichst viele Bürger aufgebracht werden.

2. Die Bürgerstiftung steht in Konkurrenz zu den Kommunen, der Kirche und den Banken.

Wenn Bürgerstiftungen erfolgreich Stiftungskapital sammeln wollen, dann sollten sie ein deutlich anderes Profil haben als Fördervereine mit sehr allgemeinen Förderzwecken oder z. B. ein Spendenparlament. Wer sein Vermögen vererben will, neigt nach aller Erfahrung in Deutschland nicht dazu, sein Geld einer Einrichtung aus der Mitte der Bürgergesellschaft anzuvertrauen. Man vererbt sein Vermögen in großem Umfang an die Stadt, an eine Bank, allenfalls an die Kirche oder eine vergleichbar etablierte Institution. Die großen Banken wie die Dresdner Bank und die Deutsche Bank haben inzwischen eigene Stiftungsverwaltungen.

Die Welt der Initiativen scheint auch dem stiftungsbereiten Bürger weniger verlässlich zu sein als Staat und Wirtschaft. Dies ist beispielsweise in den angelsächsischen Ländern deutlich anders. Wer erfolgreich Stiftungskapital bei einer Bürgerstiftung sammeln will, tut daher in Deutschland gut daran, sich zum Beispiel der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und der Mitwirkung der Banken zu versichern. Dies sollte aber nicht so weit führen, dass ein Unternehmen oder die Stadt selbst eine Bürgerstiftung aufbauen. Denn dies gefährdet das andere wichtige Ziel, die Förderung der Eigenaktivität und die Ausgestaltung eines institutionellen Raums, der Bürgerinnen und Bürger ermutigt, Probleme zu identifizieren und Problemlösungsressourcen bei sich selbst zu entdecken und zu entwickeln.

Als die von der Stadt Ulm gegründete und von den Fraktionen des Gemeinderats bestimmte Stadtstiftung eröffnet wurde, murmelten zwei offensichtlich stiftungsbereite, wohlhabende Damen: »Die machen ja alles alleine und brauchen uns offensichtlich gar nicht!« Diese Anekdote verdeutlicht die Notwendigkeit, eine Balance zwischen einerseits dem Aufbau und der Gestaltung einer Partizipationskultur im »Dritten Sektor« und andererseits einer Stützung durch die beiden anderen Sektoren zu finden.

3. Die Bürgerstiftung braucht anschauliche Projekte zu konkreten Themen, die die Chancen von Bürgerengagement verdeutlichen, und eine Geschäftsführung, die sich um sie bemüht.

Eine der am häufigsten zu hörenden Fragen lautet: »Wieso soll ich der Bürgerstiftung Geld geben? Das ist mir zu indirekt. Wenn ich weiß, was ich will, gebe ich mein Geld lieber direkt an die Träger von Projekten.« Solange die Bürgerstiftung keine eigenen Projekte hat, die den Bürgern zeigen, wofür die Stiftung praktisch steht, werden vermutlich wenige bereit sein, sich finanziell am Aufbau der Stiftung zu beteiligen. Die Herausforderung für die Bürgerstiftungen ist es, die Projekte so zu wählen und so zu beschreiben, dass sie auf gesellschaftspolitische Probleme hinweisen, die nicht schnell gelöst werden können, sondern ein langfristiges Engagement erfordern.

Auf der anderen Seite darf nicht der Eindruck entstehen, dass es sich hier im Grunde um Aufgaben handle, die »Sache des Staats« oder »der Industrie« seien. Das Problem mangelnder Ausbildungsstellen z. B. kann erfahrungsgemäß die Reaktion hervorrufen, dass die Unternehmen für Abhilfe sorgen sollten: »Die sollen halt wieder mehr Lehrstellen einrichten.« »Wieso soll ich dafür Geld geben?« war zum Beispiel die allgemeine Antwort von Bürgern auf ein Fundraising-Projekt in diesem Bereich.

Die Frage, die sich die Bürgerstiftung stellen sollte, ist daher folgende: Durch welche unmittelbar einleuchtenden, konkreten Projekte kann die Verantwortungsbereitschaft gestärkt werden, sich an der Bearbeitung nur langfristig zu lösender Probleme zu beteiligen? Und sie



muss dabei auch eine Antwort auf die Frage finden, wieso die Bürger dafür selbst etwas tun müssen und dies nicht »den dafür Zuständigen« überlassen können. »Wir wollen schließlich nicht dem Staat an dieser Stelle sparen helfen«, ist ein Satz, den wohl jeder gehört hat, der sich für eine Bürgerstiftung engagiert.

Es ist nicht einfach, die richtigen Projekte zu formulieren, die eine inspirierende Wirkung haben. Sie werden je nach Situation unterschiedlich sein und auch keineswegs nur im Bereich des Sozialen liegen. Jedenfalls sind Bürgerstiftungen gut beraten, wenn sie dafür möglichst bald eine operative Dimension aufbauen. Und das heißt konkret: eine hauptamtlich oder ehrenamtlich arbeitende Geschäftsführung zu etablieren.

Da die meisten Bürgerstiftungen am Anfang nicht über ein ausreichendes Kapital verfügen, um aus den Zinserträgen eine Geschäftsführung bezahlen zu können, bleibt als Möglichkeit oft nur, die dafür notwendigen Mittel im Rahmen von Projektarbeit zu finanzieren. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden, wenn das Projekt sozusagen im Motivationszentrum der Stiftung platziert ist. Die Konzentration auf eigene, zu einem erheblichen Teil fremd finanzierte Projekte kann aber auch Probleme schaffen, die man sorgfältig behandeln muss.

4. Bürgerstiftungen geraten in der Aufbauphase leicht in die Gefahr, als Konkurrenten um knappe Mittel betrachtet und von etablierten Einrichtungen des »Dritten Sektors« behindert zu werden.

Die Idee, angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel zur Finanzierung von Projekten um private Mittel zu werben, liegt nahe. Außerdem hat sich herumgesprochen, dass in den kommenden zehn Jahren mit einer großen Welle von Erbschaften zu rechnen ist. Die etablierten Verbände der Wohlfahrtspflege und auch kleinere »bewährte« Träger versuchen daher, durch Gründung eigener Stiftungen, durch den Aufbau von Fördervereinen und Freundeskreisen etwas von diesem großen Kuchen abzubekommen. Kurse für Fundraising boomen. Es gibt hier einen harten Konkurrenzkampf um öffentliche Mittel, um öffentliche Aufmerksamkeit und um die besten Zugänge zu privatem Geld. Mit einem »Haifischteich« hat ein Beobachter einmal die Welt der unter finanziellen Druck geratenen Träger der Jugendhilfe und der sozialen Wohlfahrtspflege, also des gut organisierten Teils des »Dritten Sektors«, beschrieben. Sobald neue Initiativen auftauchen, müssen sie mit mehr oder weniger verborgenem Druck und Verhinderungsbewegungen aus diesem Sektor rechnen. Dies gilt auch für Bürgerstiftungen, vor allem wenn sie sich um Finanzierungen für vergleichbare Projekte bei den gleichen Stellen bewerben.

Was ist dagegen zu tun? Empfohlen werden kann zum Beispiel, bei der Entwicklung von Projekten sehr genau darauf zu achten, dass es nicht bereits vergleichbare Initiativen anderer gibt, sondern dass neue Ideen umgesetzt werden. Ein Patentrezept gibt es aber nicht. Doch wenn man die Gefahr kennt, dann fällt es leichter, die Richtung zu halten, die die Bürgerstiftung auf Dauer aus dem Fahrwasser der Konkurrenz führt. Das Ziel müsste es sein, die Bürgerstiftung so schnell wie möglich als geldgebende Einrichtung zu etablieren und sie in eine Art Mediatorenrolle sowohl zwischen den drei Sektoren als auch zwischen den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zu bringen.

Resümee

Viele Wege können zu einer Bürgerstiftung führen, aber ebensoviele Sackgassen: Es ist hilfreich, wenn es einen oder besser mehrere potente Gründer gibt, aber die Bürgerstiftung darf ihnen nicht überlassen bleiben. Es ist gut, wenn die Stadt den Rahmen schafft und als Garant wirkt, sie darf aber nicht als Betreiber erscheinen. Es ist gut, wenn die Bürgerstiftung aus der Mitte der Bürgerschaft entsteht, aber sie muss den Eindruck vermeiden, dass hier eine bestimmte Gruppe ihr Hobby betreibt und um öffentliches und privates Geld konkurriert. Es ist gut, wenn sich starke Verbände bei der Gründung engagieren, aber die Stiftung darf nicht von solchen Verbänden abhängig werden. Gebraucht wird eine Bürgerstiftung, die ein Haus für Stifter bietet. Dieses Haus sollte so seriös erscheinen wie eine Bank oder die Stadtverwaltung, aber inhaltlich und thematisch beweglicher und kundiger als diese. Ein solcher Eindruck muss entstehen: Hier ist meine kleine Stiftung gut aufgehoben, hier wird seriös und ethisch einwandfrei mit meinem Geld umgegangen, und mein Geld ist hier so sicher wie in der Kirche oder in der Kommunalverwaltung. Hier ergänzt es nicht nur den städtischen Haushalt, sondern es wird kreativ, kundig und verantwortlich mit ihm umgegangen. In der Bürgerstiftung gibt es hauptamtlich und ehrenamtlich wirkendes Personal, das Innovationslücken staatlichen Handelns entdeckt und das Geld so einsetzt, dass diese Lücken geschlossen werden können.

Philipp Hoelscher

Der weltweite Gründungsboom von Bürgerstiftungen hält weiter an. Jedes Jahr wächst die Anzahl der *Community Foundations*, so der englische Fachbegriff, um etwa fünf Prozent. Die Organisation »Worldwide Initiatives for Grantmaker Support« (WINGS) rechnet inzwischen mit über 1.100 *Community Foundations* in 46 Ländern. Seit knapp 30 Jahren schreibt diese Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation also auch außerhalb der USA, wo die erste *Community Foundation* vor etwa 100 Jahren entstand, eine Erfolgsgeschichte. Bei näherer Betrachtung wird allerdings sehr deutlich, dass keineswegs von einer einheitlichen Fortentwicklung des Bürgerstiftungskonzepts gesprochen werden kann. Vielmehr scheint die Ausprägung der Bürgerstiftung in den unterschiedlichen Ländern deutlich von den Gegebenheiten im jeweiligen Land abzuhängen. Dazu zählen neben lokalen Traditionen und dem soziokulturellen Umfeld auch unterschiedliche Ausprägungen des Staatsverständnisses oder der Zivilgesellschaft.

Auch in Deutschland hat sich seit Mitte der 90er Jahre, als die ersten Bürgerstiftungen entstanden, eine besondere Bürgerstiftungslandschaft entwickelt. Zunächst können wir auch hier ein rasantes Wachstum feststellen; mit inzwischen bis zu 150 Bürgerstiftungen wächst dieser Sektor in kaum einem Land so schnell wie bei uns. Alleine 2005 gab es mehr als zwanzig Neugründungen. Allerdings ist die deutsche Bürgerstiftungslandschaft sehr heterogen und schwer auf einen Nenner zu bringen, weist aber im internationalen Vergleich doch auch einige Charakteristika auf. Vor dem Hintergrund der Besonderheiten von Bürgerstiftungen in einigen Ländern soll daher im Folgenden herausgearbeitet werden, worin die besonderen Eigenschaften, Stärken und Schwächen der Bürgerstiftungen in Deutschland liegen.

Bürgerstiftungen international

Der jeweilige nationale Kontext prägt also die Bürgerstiftungslandschaften. Nehmen wir die USA als Beispiel: Im Mutterland dieser Organisation existieren mit Abstand am meisten Bürgerstiftungen (inzwischen über 700), die häufig auch über ein dementsprechendes Kapital verfügen. Dies liegt nicht zuletzt an den stark ausgeprägten philanthropischen Traditionen in den Vereinigten Staaten; das Stiften bzw. Spenden auch großer Beträge erfolgt mit weitaus größerer Selbstverständlichkeit als bei uns, viele Menschen vererben ihr Vermögen an die lokalen Bürgerstiftungen. Hinzu kommt eine für Bürgerstiftungen besonders günstige Steuergesetzgebung. Angesichts dieser Tatsachen legen die US-amerikanischen *Community Foundations* allergrößten Wert auf Fundraising und Dienstleistungen für Stifter, erfolgreiche Bürgerstiftungsarbeit wird meist an der Höhe des Stiftungsvermögens oder der Zahl der Zustiftungen und Treuhandfonds gemessen. Stifter werden als Kunden betrachtet und als solche behandelt.

Gesellschaftspolitische Ziele werden unter diesen Vorzeichen dem monetären Erfolg untergeordnet. Die Bürgerstiftungen sind hauptsächlich *grant-making*, also fördernd aktiv und führen keine eigenen Projekte durch. Diese werden stattdessen von den Empfängern der





Fördergelder entwickelt. Allerdings nehmen gerade in jüngster Zeit die Stimmen in der US-amerikanischen Diskussion zu, die von Bürgerstiftungen ein größeres sozialpolitisches Engagement fordern (vgl. den Beitrag von Peter Walkenhorst in dieser Publikation), wozu auch die eigene Durchführung von Projekten zählt. Der Erfolg von Bürgerstiftungen wird hier auch an den Auswirkungen gemessen, welche die Arbeit der Bürgerstiftungen in der Gesellschaft bewirken kann.

Während die Bürgerstiftungen in Großbritannien dem US-amerikanischen Vorbild relativ ähnlich sind, ergibt sich in Russland ein anderes Bild: Hier zeigen sich weiterhin die Besonderheiten von post-kommunistischen Gesellschaften. Das Misstrauen von staatlichen Stellen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen ist hoch, so dass russische Bürgerstiftungen staatliche Vertreter paritätisch in ihre Gremien einbeziehen, um von vornherein transparent zu sein und Beeinträchtigungen auszuschließen. Die schwierige ökonomische Situation wirkt sich außerdem auch auf die Vermögen der wenigen russischen Bürgerstiftungen aus. Das bedingt die Art der Tätigkeiten: Operative Stiftungsarbeit spielt für russische Bürgerstiftungen eine wichtige Rolle.

Eine völlig andere, wiederum sehr spezifische Situation finden wir in Italien, wo sich die Bürgerstiftungen (*fondazioni comunitarie*) auf den ersten Blick nah am nordamerikanischen Vorbild orientieren, tatsächlich aber auch einige gewichtige Unterschiede aufweisen. Bei Organisationsstruktur und strategischer Ausrichtung der italienischen Bürgerstiftungen ist der Gründungszusammenhang besonders ausschlaggebend: Die ersten italienischen Bürgerstiftungen entstanden allesamt auf Initiative einer großen privaten Stiftung in Mailand, welche die ersten Gründungen intensiv finanziell und ideell unterstützte. Man kann hier also von einem sogenannten *top-down*-Modell sprechen, bei dem die Stiftungen auf Initiative einer Person bzw. Organisation ins Leben gerufen werden. Das hat nicht nur zur Folge, dass alle Bürgerstiftungen in Norditalien beheimatet sind, sondern auch eine starke Vereinheitlichung, was die Arbeitsweise betrifft: Italienische Bürgerstiftungen sind überwiegend fördernd aktiv, sie verfügen meist über hohe Stiftungsvermögen und folgen einem ähnlichen Leitbild: der Förderung einer »Kultur des Schenkens«.
Dahinter verbirgt sich die Idee, dass Bürgerstiftungen weder reine »Fundraisingorganisationen« verkörpern, wie oftmals in den Vereinigten Staaten, noch sozialpolitisch aktive Organisationen, die sich durch eigene operative Projekte im Gemeinwesen engagieren. Stattdessen möchte man ein Mittler sein zwischen Menschen, die Geld für einen bestimmten Zweck geben wollen, und Organisationen, die das Know-how für eine qualitativ hochwertige »Verarbeitung« dieses Geldes in Projekten haben. Bürgerstiftungen in Italien nehmen daher für sich den Standpunkt der Neutralität in Anspruch. Sie genießen hohes Vertrauen in der Bevölkerung und erzielen beachtenswerte Erfolge bei der Einwerbung von Zustiftungen, Spenden und unselbständigen Fonds. Andererseits werden sie ausschließlich in Bereichen aktiv, die auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen – die besondere Fähigkeit von Stiftungen, auch in schwierigen, unbequemen Gebieten aktiv zu werden, kommt zu kurz.

Als letztes Beispiel für die Annahme, dass der jeweilige nationale Kontext deutlich die Bürgerstiftungsszene prägt, lassen sich noch einmal die italienischen Bürgerstiftungen heranziehen: Dass diese ausschließlich Fördermittel vergeben und keine operativen Projekte betreiben ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass es bis dato kaum klassische Förderstiftungen in Italien gab und die Bürgerstiftungen auf diese Weise eine Lücke im gemeinnützigen Sektor schließen konnten.



2005 lud die Amadeu Antonio Stiftung mit Unterstützung des Landes Berlin Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bürgerstiftungen zu einer Studienreise in die USA ein, um sich vor Ort über Projekte von amerikanischen Stiftungen zu Partizipation von Jugendlichen und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen zu informieren.

Bürgerstiftungen in Deutschland

Die deutschen Bürgerstiftungen bilden ihrerseits ein ganzes Spektrum der möglichen Formen und Schwerpunkte ab. Diese Heterogenität macht es schwer, von einem deutschen Modell an sich zu sprechen. Einige Besonderheiten – gerade im Kontrast zu den bisher vorgestellten Konzepten – lassen sich jedoch ausmachen. Charakteristisch und programmatisch ist bereits die Bezeichnung »Bürgerstiftung« selbst: denn das Wort »Bürger« findet sich nicht im ursprünglich englischen Terminus. Wie zu zeigen sein wird, nimmt der einzelne Bürger dann in deutschen Bürgerstiftungen auch eine zentralere Stellung ein als in anderen Ländern.

Die Mehrheit der deutschen Bürgerstiftungen sind sogenannte *bottom-up*-Gründungen, das heißt, sie wurden im Gegensatz zum *top-down*-Gründungsmodell von einer Vielzahl von Stiftern ins Leben gerufen. In der Gründungsphase waren zwei Modelle vorherrschend: Während einige Bürgerstiftungen im Umkreis lokaler Eliten wie dem Bürgermeister entstanden, wurde die zweite Gruppe von Teilen der örtlichen NGO-Szene initiiert. Beide Varianten bringen Vor- und Nachteile mit sich. Während beim ersten Modell der Vermögensaufbau und die Zusammenarbeit mit Stadt oder Kommune leichter fallen, ist zweiteres auf breitere Partizipation ausgerichtet und lädt möglicherweise mehr Menschen zum Mitmachen ein. Hier können sich alle gesellschaftlichen Gruppen besonders gut durch die Bürgerstiftung repräsentiert fühlen.

Weitere Charakteristika machen deutlich, dass die deutschen Bürgerstiftungen dem einzelnen Bürger vergleichsweise viel Gestaltungsspielraum lassen. Beispielsweise können sich in der Projektarbeit viele Bürger aktiv in die Arbeit der Bürgerstiftungen einbringen. Außerdem ist als weitere Besonderheit die Stifterversammlung zu nennen, in der Personen vertreten sind, die einen bestimmten Beitrag zum Vermögen der Bürgerstiftung hinzugestiftet haben; je nach Satzung können sogar Zeitstifter Mitglied werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Organs fallen von Stiftung zu Stiftung unterschiedlich aus, bisweilen ist es sogar dazu autorisiert, den Vorstand zu wählen. Die Stifterversammlung steht daher in besonderem Maße für Partizipation und demokratische Ausrichtung der Bürgerstiftung. Außerdem dient sie der Repräsentation nach Außen sowie der kontinuierlichen Bindung der Stifter.

Zehn Jahre nach Gründung der ersten deutschen Bürgerstiftungen ist der Vermögensaufbau weiterhin ein zentrales Thema. Bei der Mehrheit der Bürgerstiftungen erfolgt er bisher nur schleppend; lediglich 13 »Bürgerstiftungsmillionäre« gibt es nach Zahlen der Initiative Bürgerstiftungen. Die Mehrheit steht bei der Entwicklung ihres Vermögens noch am Anfang, Dienstleistungen für Stifter oder Spender werden bei weitem nicht in dem Umfang angeboten, wie es in den Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Italien geschieht. Viele kleinere Stiftungen haben große Probleme mit der Vermögensentwicklung; hier geraten sie leicht in einen Teufelskreis: Aufgrund des Geldmangels muss man vor allem mit selbst durchgeführten Projekten arbeiten, wodurch allerdings viel Zeit gebunden wird, die nicht in Fundraising investiert werden kann. Geringes Vermögen und damit marginale Anlageerträge bedingen natürlich auch die Optionen der Bürgerstiftungen in der Projektentwicklung.
Wesentliches Merkmal in Deutschland, das wird in allen auch internationalen Publikationen immer wieder unterstrichen, ist die starke Operativität der Bürgerstiftungen. Wie in kaum einem anderen Land konzipieren die Bürgerstiftungen hier eigene Projekte und führen sie auch selber durch. Dadurch werden auch die sogenannten Zeitstifter sehr wichtig, also Menschen, die zwar kein Kapital, dafür aber Ideen, Zeit und Arbeitskraft einbringen wollen. Das liegt zuerst einfach am geringen Kapital, das oft keine umfassenden Förderpro-

gramme zulässt. Operative Projekte können aber auch Ergebnis einer strategischen Entscheidung sein: Zum einen sind eigene Projekte besser geeignet, um das Profil zu schärfen. Und zum anderen ermöglichen sie es, direkt in den Bereichen tätig zu werden, welche die Stiftung als wichtig erachtet. Es muss jedoch auch gesagt werden, dass bei weitem nicht alle deutschen Bürgerstiftungen primär operativ tätig sind: bis hin zur ausschließlich fördernden Stiftung ist das gesamte Spektrum vertreten.

Bei der Auswahl der Zielgruppe von Bürgerstiftungsprojekten gibt es in Deutschland ein klar vorherrschendes Thema. Auch wenn Bürgerstiftungen in der Regel in einem breiten Tätigkeitsspektrum aktiv sind, ist ein Schwerpunkt deutlich erkennbar: die Jugendarbeit, da sie sich mit anderen Bereichen – Migration, Kunst, Sport – verknüpfen lässt. Gleichzeitig sind Jugendprojekte gut zu »verkaufen« und damit ideal für das Fundraising.

Fazit: Schwierigkeiten und Chancen

Im internationalen Vergleich nehmen die deutschen Bürgerstiftungen also durchaus eine besondere Rolle ein. Die Schwierigkeiten beim Vermögensaufbau sind dabei weniger aussagekräftig, da viele Bürgerstiftungen erst wenige Jahre alt sind und große Vermögen eben auch erst mit der Zeit anwachsen. Dennoch bleibt es für die deutschen Bürgerstiftungen in Zukunft zentral, die Stiftungsvermögen auszubauen, um dem besonderen Charakter einer Stiftung auch gerecht zu werden. Besondere Chancen, aber auch Schwierigkeiten, ergeben sich vor allem aus der zentralen Rolle des einzelnen Bürgers bzw. des Zeitstifters und – eng damit verknüpft – aus den zahlreichen operativen Projekten.

Zu den Schwierigkeiten gehört sicherlich, dass Bürgerstiftungen mit eigenen Projekten leicht in Konkurrenz zu anderen Organisationen geraten, die sich vor Ort für ähnliche Bereiche einsetzen. Das gilt umso mehr, wenn die Bürgerstiftung selbst Projektmittel beantragt bzw. offensiv Spenden einwirbt. Damit begibt sie sich in Gefahr, ihren zugedachten Platz in der Mitte der Zivilgesellschaft, als Partner gemeinnütziger Organisationen und Sammler von zivilgesellschaftlichem Eigenkapital zu riskieren. Hinzu kommt, dass bei einer Schwerpunktsetzung auf eigene Projekte Ausbau von Stiftungskapital und Aufbau professioneller Strukturen leicht ins Hintertreffen geraten können.

Positiv sind andererseits die Partizipationsmöglichkeiten, die deutsche Bürgerstiftungen eröffnen. Ob Zeit, Geld oder Ideen: jeder kann nach Wunsch und Möglichkeit einen Teil zur Bürgerstiftung beitragen. Als Mitarbeiter in Projekten oder in der Stifterversammlung kann jeder die lebendige Zivilgesellschaft und das lokale Gemeinwesen mitgestalten. Auf diese Weise können Bürgerstiftungen nicht zuletzt als »Schule der Demokratie« fungieren, denn hier werden demokratische Prozesse durchlaufen, man muss Mehrheitsmeinungen akzeptieren und lernt, gemeinsam mit Anderen das gesellschaftliche Umfeld zu gestalten.

Ein weiterer Mehrwert besteht außerdem darin, dass die Bürgerstiftungen mit ihren Projekten in gesellschaftlichen Problembereichen arbeiten können, die von keinem anderen (privaten oder staatlichen) Akteur bearbeitet werden. Sie haben aufgrund ihrer Unabhängigkeit die Möglichkeit, auch neue, bisher unbeschrittene Pfade zu betreten, oder sich in gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren, für die in der breiten Öffentlichkeit noch kein Bewusstsein herrscht. Dies können sie umso besser, wenn sie ihre Aktivitäten durch Kooperation mit anderen Akteuren, etwa von öffentlicher oder privater Seite oder aus der Zivilgesellschaft, auf eine breitere Basis stellen und auf diese Weise ganzheitliche Lösungsansätze anbieten. Dies gilt gerade im Bereich der Demokratieförderung und im Umgang mit sensiblen Themen wie Integration und Inklusion.

Die deutschen Bürgerstiftungen bewegen sich also weiterhin in einem Spannungsfeld und stehen vor schwierigen Aufgaben. Ihre im internationalen Vergleich besondere Situation versetzt sie jedoch auch in besonderer Weise in die Lage, auch ohne größere finanzielle Mittel im Gemeinwesen aktiv zu werden und an einer besseren Gesellschaft mitzuarbeiten. Denn nicht nur über ihre Themen und Projekte tragen sie ihren Teil dazu bei – auch in der Organisation selbst können Bürgerstiftungen tatsächlich »Schulen der Demokratie« sein.

Community Foundations und Social Justice: Beispielhafte Erfahrungen aus den USA und Kanada

Peter Walkenhorst

> Never doubt that a small group of thoughtful,
> concerned citizens can change the world.
> Indeed it is the only thing that ever has.
> *Margaret Mead*

Bürgerstiftungen sind ein wirksamer Katalysator zivilgesellschaftlichen Engagements. Ursprünglich in den USA entstanden, hat das Konzept der Bürgerstiftung (*Community Foundation)* in den letzten Jahren weltweite Verbreitung erlangt. Die Attraktivität dieser Stiftungsform resultiert vor allem aus ihrer Unhabhängigkeit und Flexibilität. Bürgerstiftungen unterstützen eine Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten auf lokaler Ebene, bekämpfen drängende soziale Probleme und erhöhen so die Lebensqualität vor Ort. Hinzu kommt, dass *Community Foundations* den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit bieten, sich auch mit kleineren Beiträgen philanthropisch zu betätigen und so zu einer »Demokratisierung« des Stiftungswesens beizutragen.

Donor focused vs. Community focused

Was aber sind die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme? Und wie können sie am wirksamsten angegangen werden? Diese Fragen sind auch für Bürgerstiftungen von grundlegender Bedeutung. In der anglo-amerikanischen Welt, wo das Konzept der *Community Foundation* bereits eine lange Tradition besitzt, wird deshalb seit geraumer Zeit eine intensive Diskussion um das Selbstverständnis von Bürgerstiftungen geführt. Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht die Frage, ob sich *Community Foundations* primär als Dienstleister für Stifter und Zustifter oder als Katalysatoren des gesellschaftlichen Wandels verstehen sollen. Dabei betrachten die Vertreter eines dienstleitungsorientierten *(donor focused)* Ansatzes es als primäre Aufgabe einer Bürgerstiftung, die Wünsche und Interessen ihrer jeweiligen Stifter zu bedienen. Im Gegensatz dazu sehen die Anhänger einer an den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten *(community focused)* Ausrichtung das vorrangige Ziel einer Bürgerstiftung darin, die tatsächlichen sozialen Probleme vor Ort anzugehen. Dabei ist unbestritten, dass Bürgerstiftungen aktiv Zustiftungen einwerben müssen, um nachhaltig arbeiten zu können und hierzu umfangreiche Dienstleistungen für Stifter anbieten müssen. Die Frage ist jedoch, ob diese Dienstleistungen als Selbstzweck verstanden werden oder einem übergeordneten Ziel dienen[1].

Vor dem Hintergrund dieser Debatte haben einige *Community Foundations* in den USA und Kanada damit begonnen, ihre Förder- und Projektaktivitäten gezielt auf Themen zu konzentrieren, die dort unter den Begriff *Social Justice* subsumiert werden. *Social Justice* dient in der anglo-amerikanischen Welt als Bezeichnung für eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Bestrebungen und Aktivitäten, die darauf zielen, gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung jedweder Art zu bekämpfen. Normativ steht hinter diesen Bestrebungen explizit oder implizit der Glaube an die universelle Gültigkeit von Menschrechten und ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit als Voraussetzung einer guten, d.h. gerechten Gesellschaft. Zugleich bezeichnet *Social Justice* den Versuch, nicht nur gegen die Symptome gesellschaftlicher Problemkomplexe, sondern primär gegen die ihnen zugrunde liegenden strukturellen Ursachen anzukämpfen[2]. In diesem Sinne verwendet Community Foundations of Canada, die Dachorganisation kanadischer Bürgerstiftungen, folgende Definition:

»Social justice means that society should provide equal opportunity for all its members. For community foundations, social justice work is directed at social change – seeking solutions to social, economic, and political injustice by addressing roots causes of those problems, not just their symptoms – while still supporting the organizations that meet immediate needs.«[3]

Social Justice – Die Minneapolis Foundation

Ausgehend von dieser Definition sollen im Folgenden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität – einige Beispiele für Strategien und Aktivitäten vorgestellt werden, mit denen sich

Community Foundations in den USA und Kanada für mehr *Social Justice* einsetzen. Dabei wurden bewusst solche Bürgerstiftungen ausgewählt, die sich explizit auf eine *Social Justice Agenda* berufen. Denn eine ausdrückliche Bezugnahme ist nach wie vor eher selten, selbst wenn sich Projekte und Tätigkeiten eindeutig diesem Themenspektrum zuordnen lassen. Aus diesem Grund soll abschließend auch der Frage nachgegangen werden, warum viele Bürgerstiftungen noch immer zögern, das Thema *Social Justice* aufzugreifen.

Eine Vorreiterrolle spielte die Minneapolis Foundation im US-Bundesstaat Minnesota, die sich als eine der ersten amerikanischen Bürgerstiftungen das Thema *Social Justice* auf ihre Fahnen schrieb. Die Minneapolis Foundation wurde 1915 gegründet und ist damit eine der ältesten *Community Foundations* in den USA. Mit einem Vermögen von über 655 Millionen US-Dollar ist sie auch eine der größten amerikanischen Bürgerstiftungen. In ihrem *Mission Statement* heißt es: »Our purpose is to join with others to strengthen our community […] for the benefit of all citizens, especially those who are disadvantaged«. Durch zahlreiche Projekte und Aktivitäten hat die Bürgerstiftung seit über einem Jahrzehnt immer wieder dazu beigetragen, das Bewusstsein der Menschen in Minneapolis für die Probleme und Belange gerade der gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zu schärfen, und darüber hinaus konkrete Maßnahmen zugunsten dieser Personen initiiert. Gegen Ende der 1990er Jahre beispielsweise erkannte die Stiftung, dass die rapide wachsende Einwanderung und die aus ihr resultierende, zunehmende ethnische und kulturelle Heterogenität der Einwohner eine zentrale Herausforderung für das friedliche Zusammenleben in der Stadt und Region darstellten. Sie reagierte darauf mit der groß angelegten Informationskampagne »Discovering Common Ground. Immigration in Minnesota«. Ziel dieser Kampagne war es, durch die Verbreitung von Daten, Fakten und Hintergrundinformationen über das tatsächliche Ausmaß der Einwanderung und die aus ihr resultierenden Probleme aufzuklären und so weit verbreitete Fehlwahrnehmungen zu korrigieren. Tatsächlich gelang es, durch Informationsbroschüren, Fernsehspots, Zeitungsanzeigen, eine Internetseite und vor allem durch eine Vielzahl von *Town Meetings*, Seminaren und Veranstaltungen von Nachbarschaftsgruppen die Diskussion zu versachlichen und zu einer besseren Integration vieler Einwanderer beizutragen. Entscheidend für diesen Erfolg war die Rolle der Bürgerstiftung als neutrale Instanz, die von allen Akteuren in der Stadt akzeptiert wurde, sowie die langfristige, auf mehrere Jahre angelegte Strategie der Kampagne, die nicht auf kurzfristige Ergebnisse, sondern auf einen nachhaltigen Bewusstseinswandel zielte. Ebenso wichtig war das proaktive Vorgehen der Minneapolis Foundation, die sich nicht auf die Vergabe von Fördermitteln und Dritte *(Grantmaking)* beschränkte, sondern selbst die Federführung der Kampagne übernahm.

Auf ähnliche Weise nahm sich die Minneapolis Foundation im Jahre 2001 des Problems der Obdachlosigkeit, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, an. Erneut war die Stiftung die erste Organisation, die dieses in Minneapolis bis dahin weitgehend tabuisierte Thema öffentlich ansprach und zum Gegenstand einer breit angelegten Aufklärungskampagne machte. Die unter dem programmatischen Titel »Let's Fix This« initiierte Kampagne führte zu einer intensiven Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements. Zahlreiche gemeinnützige Organisationen widmeten sich jetzt dem Problem der Obdachlosigkeit und halfen so, deren schlimmste Auswüchse zu lindern. Die Minneapolis Foundation gab sich jedoch damit nicht zufrieden. Denn eine von ihr in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie hatte folgendes gezeigt: Eine der entscheidenden Ursachen der Obdachlosigkeit lag in der Verknappung von bezahlbarem Wohnraum für sozial schwache Gruppen *(affordable housing)*, die zumindest zum Teil auf vorangegangene Kürzungen in den öffentlichen Haushalten von Stadt und Bundesstaat zurückzuführen war. Vor diesem Hintergrund wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich an ihre Abgeordneten zu wenden und diese dazu zu bewegen, die Kürzungen rückgängig zu machen. Die Stiftung ihrerseits initiierte öffentliche *Hearings* mit politischen Entscheidungsträgern und erhöhte so den politischen Druck. Im Ergebnis führten diese Aktivitäten zu einer Rücknahme der Haushaltskürzungen und verbesserten die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die entscheidend dazu beitrugen, dass das Problem der Obdachlosigkeit in Minnesota eingedämmt werden konnte. Von besonderem Interesse an diesem Beispiel ist vor allem die Bereitschaft der Minneapolis Foundation, sich auf das Terrain der *Public Policy* zu wagen, d.h. sich unmittelbar in politische Fragen und Entscheidungsprozesse einzumischen.
Ein weiteres Beispiel für die innovative Projektarbeit der Minneapolis Foundation ist das auf mehrere Jahre angelegte Gewaltpräventionsprogramm »Ceasefire«, das Gewalt und Kriminalität unter Jugendlichen in Minneapolis eindämmen soll. In diesem Projekt arbeiten über 30 verschiedene Organisationen und Institutionen gemeinsam mit dem Minneapolis Police Department zusammen. Im Rahmen von »Ceasefire« wurden im Jahr 2004 u.a. mehr als 340 Handfeuerwaffen eingesammelt. Die Waffen wurden von ihren Besitzern gegen einen Betrag von 50 US-Dollar für einen Revolver und 75 US-Dollar für automatische Waffen abgeliefert. Diese und andere Aktionen trugen dazu bei, dass die Gewaltkriminalität vor allem in den



besonders betroffenen Stadtteilen signifikant zurückging. Neben dem traditionellen *Grantmaking*, d.h. der finanziellen Förderung von NGOs und Nachbarschaftsinitiativen, war die Federführung und Koordination durch die Bürgerstiftung auch hier ein wichtiger Erfolgsfaktor[4]. Alle diese Aktivitäten waren und sind für die Minneapolis Foundation Bestandteil ihrer umfassenden *Social Justice*-Agenda, die sie unmittelbar aus ihrem Satzungsauftrag ableitet.

Community Foundations for Canada

Das Vorbild der Minneapolis Foundation hat mittlerweile zahlreiche Nachahmer nicht nur in den USA, sondern auch in Kanada gefunden. Dort war es der bereits erwähnte Bürgerstiftungs-Dachverband Community Foundations for Canada (CFC), der im Herbst 2001 begann, mit einer Reihe von Workshops und wissenschaftlichen Untersuchungen der Frage nachzugehen, wie Bürgerstiftungen das Thema *Social Justice* vorantreiben könnten. Ziel dieser von der Ford Foundation und der Atkinson Charitable Foundation unterstützten Initiative war es, kanadische Bürgerstiftungen dazu zu bewegen, neue Wege jenseits des traditionellen *Grantmakings* zu gehen und sich bei der Bekämpfung von sozialen Problemen verstärkt mit deren strukturellen Ursachen auseinanderzusetzen, statt lediglich Symptome zu kurieren. Als Ergebnis dieser Initiative haben verschiedene kanadische *Community Foundations* Projekte gestartet, die sich gezielt mit den strukturellen Ursachen von Armut und Diskriminierung auseinandersetzen. Einige Bürgerstiftungen sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen und haben einen Großteil ihrer Tätigkeit konsequent auf Problemkomplexe aus dem Bereich *Social Justice* ausgerichtet[5].

Die Hamilton Community Foundation

Ein Beispiel hierfür ist die Hamilton Community Foundation in der Provinz Ontario, die als erste kanadische Bürgerstiftung ihre gesamten freien, d.h. nicht zweckgebundenen Fördermittel auf einen einzigen Problemkomplex – die Armutsbekämpfung – konzentriert hat. Die Hamilton Community Foundation wurde 1954 gegründet und besaß 2006 ein Gesamtvermögen von 115 Millionen Kanadischer Dollar. Hamilton, etwa eine Autostunde südlich von Toronto gelegen, hat 500.000 Einwohner, von denen 2003 jeder fünfte unterhalb der Armutsgrenze lebte. Damit war Hamilton gemeinsam mit Toronto die Stadt mit der höchsten Armutsrate in der Provinz Ontario. Aus diesem Grund startete die Hamilton Community Foundation im Februar 2004 die auf vier Jahre angelegte Initiative »Tackling Poverty Together«. Im Rahmen dieser Initiative stellte sie 3 Millionen Kanadischer Dollar für innovative Ansätze zur Armutsbekämpfung und – prävention zur Verfügung. Kurz nach Bekanntgabe der Initiative bot die Stadt Hamilton ihre Unterstützung an und organisierte gemeinsam mit der Bürgerstiftung einen runden Tisch, an dem Vertreter der Kommune, der Wirtschaft und des Dritten Sektors zusammenkamen. Aus diesem »Hamilton Roundtable for Poverty Reduction« entstand eine sektorübergreifende Koalition von 25 Organisationen und Institutionen, die gemeinsam einen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung entwickelten und implementierten. Alle Teilnehmer unterstützen die Umsetzung des Aktionsplans finanziell oder durch pro bono-Aktivitäten. Auf diese Weise wurde aus der Initiative der Bürgerstiftung eine konzertierte Aktion, die alle relevanten Akteure in der Stadt umfasste. Das Beispiel der Hamilton Community Foundation zeigt mithin eindrucksvoll, dass eine klare strategische Ausrichtung auf einen Problemkomplex sehr effektiv sein kann. Es verdeutlicht jedoch auch, wie wichtig die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Akteuren ist, wenn es darum geht, strukturelle Ursachen gesellschaftlicher Probleme wirksam zu bekämpfen. Und schließlich demonstriert das Fallbeispiel die Bedeutung von *Community Leadership*. Denn ohne den Anstoß durch die Bürgerstiftung und ihre Bereitschaft, die Federführung der Initiative zu übernehmen, wäre diese wahrscheinlich niemals zustande gekommen[6].

Neue Wege

Die geschilderten *Social Justice*-Aktivitäten belegen, dass Bürgerstiftungen einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung grundlegender gesellschaftlicher Probleme leisten können, wenn sie bereit sind, neue und innovative Wege zu gehen. Entscheidend ist dabei nicht die Höhe der eingesetzten finanziellen Mittel, sondern Kreativität, Kooperationsbereitschaft und vor allem Mut zu unkonventionellen Lösungen. Denn neue Lösungsansätze für komplexe ge-

sellschaftliche Probleme sind zwangsläufig mit einem höheren Risiko verbunden als klassische Stiftungsprojekte. Ihr Erfolg ist nicht garantiert. Vielmehr ist die Möglichkeit des Scheiterns stets gegeben. Außerdem sind keine kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Wenn überhaupt, werden solche Projekte nur langfristig Wirkung zeigen. Sie erfordern daher Geduld und einen langen Atem. Und schließlich sind innovative Wege in aller Regel kontrovers, d.h. sie werden nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen, sondern auch Kritik provozieren. Alle diese Faktoren setzen eine erhöhte Risikobereitschaft bei den Verantwortlichen der Bürgerstiftung voraus. Das Fehlen einer solchen Risikobereitschaft dürfte denn auch der entscheidende Grund dafür sein, warum noch immer viele Bürgerstiftungen zögern, sich mehr für die Stärkung der demokratischen Kultur im Sinne von größerer *Social Justice* einzusetzen. Begründet wird diese Zurückhaltung häufig damit, daß ein solches Engagement bereits vorhandene oder potentielle Stifter abschrecken könnte. Empirische Belege für diese Befürchtung gibt es allerdings nicht. Im Gegenteil: Die Erfahrungen der Minneapolis Foundation und der Hamilton Community Foundation zeigen, dass das Engagement für *Social Justice* sehr wohl mit einem erfolgreichen Vermögensaufbau vereinbar ist[7]. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass sich diese Erkenntnis unter anglo-amerikanischen *Community Foundations* immer mehr durchsetzt und mit ihr die Bereitschaft, sich auch mit kontroversen Problemen auseinanderzusetzen. Befördert wird diese Entwicklung außerdem durch den wachsenden öffentlichen Druck auf Bürgerstiftungen, die gesellschaftliche Wirkung ihrer Tätigkeit nachzuweisen. So kommt eine viel diskutierte Untersuchung zu den Zukunftsperspektiven amerikanischer *Community Foundations* aus dem Jahre 2005 zu dem Ergebnis, dass das entscheidende Erfolgskriterium für Bürgerstiftungen nicht die Größe ihres Vermögens ist, sondern der Beitrag, den sie zur Bekämpfung der wichtigsten Probleme in ihrem Gemeinwesen leisten. Wollen Bürgerstiftungen auch künftig im Wettbewerb mit anderen Anbietern philanthropischer Dienstleistungen bestehen, so die Studie, müssen sie mehr als bisher bereit sein, über ihre traditionellen Förderzuwendungen hinaus proaktiv tätig zu werden und eine *Community Leadership*–Rolle zu übernehmen. Andernfalls würden sie über kurz oder lang in der Bedeutungslosigkeit versinken[8]. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, ist zu erwarten, dass die Beispiele der Minneapolis Foundation und der Hamilton Community Foundation Schule machen und mehr *Community Foundations* sich aktiv für *Social Justice* und den Aufbau einer demokratischen Kultur auf lokaler Ebene einsetzen werden.

Anmerkungen:

(1) Vgl. Emmett D. Carson, Standing at the Crossroads. Community foundations worldwide are at a critical juncture where they must decide between being a field or a movement, in: FOUNDATION NEWS & COMMENTARY, Volume 46, Number 1, January/February 2005, p. 34-39; ders., A Crisis of Identity for Community Foundations, in: National Committee for Responsive Philanthropy (Ed.), The State of Philanthropy 2002, Washington, D.C. 2002, p. 7-11.

(2) Aufgrund seiner vielschichtigen Bedeutungsgehalte lässt sich der Begriff »Social Justice« nicht eindeutig ins Deutsche übersetzen. Eine Übersetzung mit »sozialer Gerechtigkeit« wäre irreführend, weil dieser Begriff im Deutschen völlig anders konnotiert ist. »Soziale Gerechtigkeit« meint primär materielle Verteilungsgerechtigkeit, während »Social Justice« vor allem auf Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Anerkennung zielt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Konnotierungen wird im diesem Beitrag der englische Originalbegriff verwendet.

(3) Community Foundations of Canada, The Social Justice Spectrum. Seeing our Work through a Social Justice Lense: A Perspective for Community Foundations, Ottawa, January 2004, p. 1.

(4) Alle genannten Projekte finden sich auf der Internetseite der Minneapolis Foundation www.minneapolisfoundation.org

(5) Betsy Martin, Shifting Focus. Canadian community foundations aim to change systems, institutions and attitudes through social justice grantmaking, in: FOUNDATION NEWS & COMMENTARY, Volume 46, Number 5, September/October 2005, p. 36-41. Weitere Informationen und Dokumente finden sich auf der CFC Website www.cfc-fcc.ca/socialjustice.

(6) Nancy F. Johnson, Tackling Poverty in Hamilton, Ottawa, May 2006. Weitere Informationen unter www.hcf.on.ca und www.hamiltonpoverty.ca.

(7) Vgl. hierzu ausführlich Stuart Applebaum, The cost of sticking your neck out. Think taking a stand on controversial issues negatively affects a community foundation's fundraising and fund creation? Think again, in: FOUNDATION NEWS & COMMENTARY, Volume 46, Number 5, September/October 2005, p. 42-47.

(8) Lucy Bernholz, Katherine Fulton, Gabriel Kasper, On the Brink of New Promise. The Future of U.S. Community Foundations (als Download verfügbar unter www.communityphilanthropy.org). Zu den unterschiedlichen »Community Leadership«-Rollen von Bürgerstiftungen vgl. The Transatlantic Community Foundation Network, Beyond Money & Grantmaking. The Emerging Role of Community Foundations (als Download verfügbar unter www.tcfn.efc.be).

II. Erfolgreiche Projekte von Bürgerstiftungen. Beispiele für Gemeinwesenarbeit

Bürgerstiftungen sind ein sinnvolles Instrument, um eine nachhaltige demokratische Entwicklung in Kommunen, Regionen und Kiezen zu ermöglichen. Bürgerstiftungen sind ein Dach, unter dem viele Menschen ihre Mittel, Fähigkeiten und Erfahrungen bündeln, um demokratische Alltagskultur mit Leben zu füllen. Sie setzen aktiv demokratische Grundprinzipen um: Menschenrechte und Minderheitenschutz, Gleichwertigkeit und Chancengleichheit sowie die Anerkennung der Vielfalt von Kulturen und Lebensstilen.

Bürgerstiftungen, ob operativ und/oder fördernd tätig, werden über ihre Projekte im Gemeinwesen tätig. Im Folgenden werden Bürgerstiftungsprojekte aus den fünf Bereichen Auseinandersetzung mit demografischem Wandel und Abwanderung, Migration, Jugend, Demokratieförderung und »Offene kommunale Netzwerke« vorgestellt.

Viele der hier vorgestellten Projekte und dessen Einschätzungen resultieren zum Teil aus den Diskussionen einer Tagung der Amadeu Antonio Stiftung zum Thema «Gemeinwesenarbeit von Bürgerstiftungen für demokratische Kultur«, die am 28./29. November 2006 im Berliner Roten Rathaus stattfand. Die Tagung diskutierte neue Impulse für die Arbeit von Bürgerstiftungen für demokratische Kultur. Bürgerstiftungen diskutierten mit Vertretern von Mittlerorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen über Ansätze der Strategie- und Projektentwicklung sowie Kooperationsmöglichkeiten.



Bürgerstiftungen und Migration

»Neues aus Babylon«
Bürgerstiftung Neukölln







Die Bürgerstiftung Neukölln wurde von etwa 165 Menschen aus fünfzehn Herkunftsländern aufgebaut. Die Zeit- und Geldstifter haben vor allem ein Ziel: ein respektvolles und friedliches Zusammenleben der verschiedenen Ethnien, Religionen und Kulturen im Einwanderungsbezirk Neukölln. Diese Grundhaltung spiegelt sich auch in den Projekten der Bürgerstiftung wider. Das hier vorgestellte Projekt »Neues aus Babylon« wurde zusammen mit dem Kulturamt Neukölln und der Stadtbibliothek entwickelt. Es erprobt unterschiedliche Möglichkeiten interkultureller Öffnung, wobei ein Akzent auf der Wertschätzung der Vielfalt von Sprachen liegt.
Die Schätze der muttersprachlichen Literatur unterschiedlicher Nationen vorzustellen und zu würdigen steht im Mittelpunkt dieser Projektreihe, die sich dafür unterschiedlicher Module bedient. Es werden Bücher vorgelesen, Märchen aus verschiedenen Ländern erzählt und Wettbewerbe zu den Themen Lesen, Literatur und Sprache ausgerichtet. Ein besonderes Modul ist dabei das »Moritatenzelt«. Zu Grunde liegt die Idee, Märchen von professionellen Erzählern und Erzählerinnen in ihrer jeweiligen Muttersprache erzählen zu lassen. Großformatige Illustrationen zu den Märchen sollen dafür sorgen, dass die zuhörenden Kinder dem jeweiligen Märchen folgen können, auch wenn es nicht ihre Muttersprache ist, die gerade gesprochen wird. Gestaltet werden die Bilder von Künstlern, die aus demselben kulturellen Raum kommen wie die vorgetragenen Märchen.

Eine Stärkung des Selbstwertgefühls von zweisprachig aufgewachsenen Kindern soll dadurch erreicht werden, dass es diesmal nicht sie sind, die Schwierigkeiten haben die vorgetragenen Texte zu verstehen, sondern ihre deutschen Mitschüler. Die Kinder mit Migrationshintergrund hingegen können auch den auf Deutsch vorgetragenen Märchen folgen. Integration wird hier nicht als Einbahnstraße verstanden, sondern als wechselseitiges Prinzip. Das Verstehen der Märchen durch die begleitenden Bilder soll den Kindern außerdem vermitteln, dass es nicht nur verbale Verständigungsmöglichkeiten gibt, sondern auch Formen, sich ohne Worte zu verständigen.

Durch die Lesereihe sollen die Kinder für andere Kulturen, Regionen und Bräuche begeistert werden. Die Stiftung will Interesse an fremden Sprachen wecken, durch die begleitende Illustration wird die Fremdsprache als gut verständlich und leicht zu erlernen empfunden. Zumindest wenige erlernte Wörter werden von Kindern aus den Vorträgen mitgenommen, die sie als Bereicherung empfinden und den Impuls zum Erlernen von Fremdsprachen geben sollen. Ein schöner Nebeneffekt: Zu Erkennen ist auch, dass bei den Kindern im Laufe der Vortragsreihe der Wunsch geweckt wird, mehr über die Vortragenden persönlich, ihren kulturellen Hintergrund und die Situationen in ihren Heimatländern zu erfahren.

Das Projekt bietet sich also besonders in Städten bzw. Regionen an, in denen zahlreiche unterschiedliche Nationalitäten vertreten sind. Diese kulturelle Vielfalt kann in konkrete Projekte umgesetzt werden; auf diese Weise wird konstruktiv mit den Stärken eines multikulturellen Umfeldes umgegangen.

Bürgerstiftung Neukölln
Dr. Kurt Anschütz
Emser Straße 117
12051 Berlin
Telefon 030. 62 73 80 13
info@neukoelln-plus.de
www.neukoelln-plus.de

Ein Kreativprojekt für junge Menschen: Die Elb:Station
Bürgerstiftung Hamburg

Jungen Menschen eine Perspektive bieten und ihre Potentiale aktivieren – das will das Projekt »Elb:Station«, das die Hamburger Bürgerstiftung in Kooperation mit der MPC Capital Stiftung realisiert.

Ein Jahr lang sollen rund 25 Schülerinnen und Schüler eine gezielte fachliche Förderung anhand ausgewählter Medienprojekte erhalten. Von drei kooperierenden Schulen wurden lernbereite und kreative junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien – bevorzugt mit Migrationshintergrund – nominiert. Die endgültige Auswahl der Teilnehmer erfolgte aufgrund schriftlicher Bewerbungen. Ziel ist, dass die Jugendlichen ihre Potentiale, nämlich Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz, entdecken und entwickeln. Aber nicht nur die Gruppe der Schüler ist von kultureller Vielfalt geprägt – auch das Projektteam. Die Journalistin und Pädagogin Elizabeth Nascimento kommt ursprünglich aus Brasilien, der Theaterpädagoge und Regisseur Max Bassenhorst aus Niedersachsen und der Dokumentarfilmer und Sozialpädagoge Zoran Glavas aus Kroatien. Alle drei sind also qualifizierte Fachkräfte der kulturellen und medialen Jugendbildung, die den Teilnehmern tatkräftig zur Seite stehen.

Die Medienprojekte sollen außerdem dazu dienen, nachhaltig Sprach-, Schreib- und Lesekompetenzen zu entfalten und stärken. In Projektgruppen erarbeiten die Jugendlichen eigenverantwortlich eigene Medienprodukte: Radio- und Filmbeiträge, Theaterszenen und verschiedene Textformate. Hierfür belegen die jungen Leute pro Semester jeweils einen Medienbaustein. Sie haben die Wahl zwischen Radio, Schauspiel und Video, so dass sie sich am Mikrophon, hinter der Videokamera und/oder auf der Bühne erproben können. Die Teilnehmer treffen sich zweimal die Woche für je zwei bis drei Stunden in der »Elb:Station«. Auf dem Programm stehen hierbei Aufgaben wie »Monologe schreiben«, »Erlernen von Interviewtechniken« oder »Entwicklung eines Comicstrips«. Begleitend zum Projekt werden die Arbeitsergebnisse in regelmäßigen Abständen einem Publikum präsentiert, sowohl auf der Website des Projektes als auch bei Veranstaltungen im Stadtteil. Zusätzlich werden themenbezogene Workshops, Besuche von Profis aus der Medienbranche und Exkursionen wie Theaterbesuche und Arbeitsfeldbesichtigungen veranstaltet.



Initiator und Träger ist die MPC Capital Stiftung in Hamburg, die von einem Unternehmen aus der Finanzdienstleistungsbranche gegründet wurde. Das Projekt wurde von der BürgerStiftung Hamburg konzipiert. Inhaltlich begleitet sie das Unterfangen weiterhin, indem eine Mitarbeiterin der Bürgerstiftung das Projektteam anleitet und mit fachlichem Rat unterstützt. »Elb:Station« ist mithin ein gelungenes Beispiel für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen einer kompetenten Bürgerstiftung mit Ideen und einem finanzstarken Partner, der die Umsetzung des Projekts selbst in die Hand nimmt.

Das Projekt zeichnet sich außerdem besonders dadurch aus, dass es die Teilnehmer motiviert, sich neue Perspektiven für ihre schulische und berufliche Zukunft zu eröffnen. Außerdem weckt es ihr Eigenengagement und fördert die Lernbereitschaft. Es werden keine Defizite problematisiert, sondern Kompetenzen wie Interkulturalität und Mehrsprachigkeit in den Vordergrund gestellt. Denn das Grundprinzip des Projektes heißt: Stärken stärken.

BürgerStiftung Hamburg
Mia Weselmann
Mittelweg 120
20148 Hamburg
Telefon 040. 7 88 96 96 0
info@buergerstiftung-hamburg.de
www.buergerstiftung-hamburg.de

Neben den zahlreichen Beispielen aus operativen Bürgerstiftungsprojekten können Bürgerstiftungen natürlich auch durch Projektförderungen im Gemeinwesen aktiv werden. Dies tat die Parchimer Bürgerstiftung, indem sie das Projekt »Neue Nachbarn in Parchim« des Kinder-, Jugend- und Familientreff e.V. in Parchim unterstützte.

Inzwischen wohnen Menschen aus drei Erdteilen in Parchim – das neue Asylbewerberheim liegt am Rand der Weststadt und damit fast in unmittelbarer Nachbarschaft des Jugendklubs Kinder-, Jugend- und Familientreff Parchim e.V. Die Spiel- und Bastelangebote dieses Vereins im Asylbewerberheim am Tag der Offenen Tür am 20. Januar 2005 wurden gerade von den jüngeren Kindern, die mit ihren Familien im Heim leben, begeistert angenommen. Im Gegensatz zu ihren älteren Geschwistern können sie die Angebote für Kinder im Stadtgebiet aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht gut nutzen – für manche sind die Wege einfach noch zu weit, manche sind unsicher, ob sie willkommen sind, in anderen Fällen sind es die Eltern, die sich scheuen, ihre Kinder gehen zu lassen.

So entstand die Idee, hier eine Brücke zu bauen. Der Verein wollte zum einen bald eine Möglichkeit für die Kinder bieten, sich an einem Nachmittag der Woche in vertrauter Umgebung zu treffen, unbeschwert zu spielen und Spaß zu haben. Zum anderen strebte er an, ihre Mütter zu ermuntern, sich über Interessen- und Sprachgrenzen hinweg gemeinsam für die Freizeit ihrer Kinder zu engagieren. Und nicht zuletzt wollte das Vorhaben Vertrauen bei neuen Nachbarn wecken, wenn möglich, Mittler zu sein zu den Angeboten anderer Vereine der Stadt.

Seit Anfang 2005 gab es, dank der schnellen Unterstützung durch die Parchimer Bürgerstiftung, jeden Montag einen Kindernachmittag im Heim. 15 – 20 Kinder warten montags nun schon ungeduldig auf den Beginn »ihres« Nachmittags. Außerdem ermöglicht die Parchimer Bürgerstiftung den Kindern im Asylbewerberheim eine kleine Weihnachtsfeier. Hier wird der Weihnachtsmann deutsche Bräuche zu Weihnachten vorstellen und Kinder wie auch Eltern können aus ihrem jeweiligen Land berichten. Für viele wird dazu noch ein Dolmetscher erforderlich sein. Damit soll auch die Scheu zum Erzählen überbrückt werden.

Ob Kadidjah aus Afrika, Aida, Diana und Garnik aus Armenien, Beibulat aus Tschetschenien, Noorana und Noorlan aus Aserbaidshan oder Hasibe, Wedad, Bertin und Bash aus dem Irak – viele der Kinder haben in ihrer Heimat Schlimmes erlebt. Auch die Sicherheit in Deutschland wird wohl für viele von ihnen nur eine Sicherheit auf Zeit sein – und in jedem Fall keine ungetrübte Kindheit.

Mit der Förderung des Projektes »Neue Nachbarn in Parchim« setzt sich die Bürgerstiftung aktiv dafür ein, gesellschaftliche Trennlinien zu überbrücken und unterstützt lokale Partner bei diesem Vorhaben. Die Bürgerstiftung unterstreicht damit eindrucksvoll, dass sie für alle Bürger der Stadt da ist – auch für die neuen Nachbarn. Ausgrenzung und Gefühlen des Fremdseins wird damit entgegengewirkt, vielmehr wird den Menschen das Gefühl vermittelt, in der lokalen Gesellschaft willkommen zu sein. Dies geschieht umso mehr, indem das Projekt nicht nur Angebote für Kinder bereitstellt, sondern auch die Mütter einbezieht.



Bürgerstiftung Parchim
Karin Gruhlke
Ebelingstraße 33
19370 Parchim
Telefon 03871. 21 23 37
info@zusammen-in-pachim.de
www.zusammen-in-parchim.de

Unausweichliche Geschichte: Verlegung von »Stolpersteinen«
»Bürgerstiftung Osthavelland in Gründung«

Die Bürgerstiftung Osthavelland befindet sich in ihrer Gründungsphase. Die Idee, sich in einer Stiftung zu engagieren, entstand durch die Stadtverordnetenversammlung Nauen, die sich einem Aufruf des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtesextremismus und Fremdenfeindlichkeit anschloss. Sie appellierte an ihre Bürger und Bürgerinnen, sich gegen rechte Tendenzen und Gewalttaten zu positionieren und ihnen eine Absage zu erteilen. Hintergrund hierzu waren zunehmende rechtsextremistische Erscheinungen, insbesondere Brandanschläge auf Imbisse ausländischer Betreiber in Nauen.







Um ein Zeichen gegen rechtsextremistische Gewalt zu setzen entschloss sich die Bürgerstiftungsinitiative, in der Region Osthavelland so genannte »Stolpersteine« verlegen zu lassen. Diese sollen an die jüdischen Bürger erinnern, die von den Nazis vertrieben oder ermordet wurden. Die Idee hinter dem Projekt ist, dass ein Mensch erst dann vergessen ist, wenn sein Name vergessen ist. Daher finden die Verlegungen dort statt, wo die Opfer während der NS-Zeit ihren letzten freien Wohnsitz hatten. Optisch erinnern die Stolpersteine an Pflastersteine, welche mit einer Messingplatte versehen sind, auf der Name, Geburtsdatum sowie, falls bekannt, Sterbedatum und -ort der jüdischen Opfer eingraviert sind. Die Stolpersteine bedeuten »handfesten Geschichtsunterricht« und setzen direkt an der alltäglichen Lebenswelt der Jugendlichen an. Den im Bordstein eingelassenen Gedenksteinen kann man sich im Gegensatz zu Museen nicht entziehen. Gesetzt werden diese Stolpersteine vom Künstler Gunter Demnig, der diese Steine im ganzen Bundesgebiet verlegt.

Die ersten Stolpersteine der Region Osthavelland entstanden im Mai 2006. Mit der Unterstützung des Stolperstein-Projektes tritt die Bürgerstiftung für eine aktive Erinnerungskultur ein. Damit reagiert sie auf die Problematik, dass ein öffentlicher Diskurs und eine Aufarbeitung der Verbrechen des Holocaust bisher nur in geringem Maße stattgefunden haben. Wichtig ist der Bürgerstiftung, dass auch die Auseinandersetzung mit der Erinnerungspolitik über den Zeitpunkt der Stolpersteinverlegung hinaus stattfindet.

Initiative Bürgerstiftung Osthavelland
Klaus Pierow
Elbeallee 3
14612 Falkensee
Telefon 03 3 22. 20 62 20
buergerstiftung.osthavelland@online.de



In Weimar musste im Jahr 2005 der neue Jugendclub schließen; das Mädchen- und Aussiedler-Projekt stellte nach Jahren erfolgreicher Tätigkeit die Arbeit ein – und das alles, weil die Gelder für die kommunale Kinder- und Jugendarbeit um ein Viertel gekürzt worden waren. Daraufhin entschloss sich die Bürgerstiftung Weimar, die Initiative zu ergreifen und rief den Kinder- und Jugendfonds ins Leben.

Dieser Fonds fördert die Selbsthilfe und Eigeninitiative junger Menschen aus Weimar und Umgebung, damit sie sich selbständig für ihre Bedürfnisse einsetzen. Er will Ideen und Initiativen von Jugendlichen unterstützen und sie damit ermutigen, ihre Lebensräume und Lebenswelten zu entdecken und zu entwickeln. Außerdem ermöglicht der Kinder- und Jugendfonds schnelle und unbürokratische Hilfe für junge Menschen in akuten Notlagen; gerade für Jugendliche, die sozial und persönlich benachteiligt sind, also in Armut oder in zerrütteten Familienverhältnissen leben. Das Projekt startete mit 50.000 Euro, die der Initiator des Fonds' gemeinsam mit Familie und Freunden einbrachte. Außerdem kamen aus der Weimarer Bevölkerung zusätzliche 15.685 Euro zusammen. Der Initiator wird außerdem jeden weiteren Spenden-Euro bis 2007 verdoppeln.

So konnte der Fonds bisher 19 Projekte unterstützen, die ansonsten möglicherweise nicht zustande gekommen wären. Dazu gehört beispielsweise ein Projekttag zum Thema Toleranz und Zivilcourage unter dem Motto »Kenn ich nicht, kann ich nicht, will ich nicht!?«, den Schüler von vier Weimarer Gymnasien, unterstützt von Sozialpädagogen und Studierenden, organisierten. Über 1.200 Schülerinnen und Schülern wurden alle Beteiligungsformen von Workshops, Planspielen, Sport und Spiel, Straßenaktionen, Musik bis zu Film, Radio und Kino angeboten. Zusätzlich gab es Recherchen zum jüdischen Leben in Weimar und Stadtführungen zum selben Thema. Außer der Auseinandersetzung mit Toleranz und Zivilcourage förderte der Projekttag die übergreifende Arbeit der Schüler aller Gymnasien und regte zu weiteren gemeinsamen Projekten an. Der Kinder- und Jugendfonds sprang aber auch ein, um den Kindern aus dem Weimarer Flüchtlingswohnheim eine Ferienfreizeit zu ermöglichen: Er übernahm hierfür die Gebühren und Fahrtkosten. Außerdem bewilligte der Fonds den Antrag der Weimarer Kindervereinigung, Gelder für die Essensversorgung und Kochkurse für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche bereit zu stellen. Der Fonds ist somit ein gutes Beispiel, wie die Bürgerstiftung über das themenbezogene Einsammeln von Geldern direkt demokratische Gemeinwesenarbeit vor Ort unterstützen kann.

Bürgerstiftung Weimar
Doris Elfert
Erfurter Straße 28
99423Weimar
Telefon 03643. 77 38 78
d.elfert@buergerstiftung-weimar.de
www.buergerstiftung-weimar.de

Bürgerstiftungen und Jugend

Lesezauber – Unterstützung für Kinder aus sozialen Brennpunkten

Bürgerstiftung Barnim-Uckermark

Seit ihrer Gründung 2003 hat sich die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark aus Eberswalde der Förderung einer demokratischen Kultur, bürgerschaftlichen Engagements und regionaler Entwicklung verschrieben.
Zur Verwirklichung dieser Ziele hat die Bürgerstiftung für ihre Projektarbeit eine Fragestellung entwickelt, an der sich gegenwärtige und zukünftige Projekte messen lassen sollen, nämlich ob das Projekt Eigeninitiative und/oder den Gemeinsinn fördert. Die Stiftung unterstützt die Arbeit von gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Einrichtungen in der Region Barnim-Uckermark. Sie stiftet zu neuen Ideen und Taten an, will mit eigenen Projekten Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Veränderungen initiieren.



Ein zentrales Projekt der Stiftung nennt sich »Lesezauber«. Bürgerinnen und Bürger lesen ehrenamtlich Kindern vor, um sie an Bücher und das Lesen heranzuführen. Hinter dem Projekt steht die Idee, dass Lesen als Schlüsselkompetenz gesehen wird, die erheblichen Einfluss auf die Chancen der Kinder und ihre aktive Teilhabe in der Gesellschaft hat. So soll insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund ein leichterer Zugang zum Spracherwerb ermöglicht werden. Hierzu werden speziell Wohngebiete, die als soziale Brennpunkte gelten, besucht, um so auch das demokratische Miteinander verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen zu fördern, die sonst nicht miteinander in Kontakt kommen. Dass Zuwandererkinder und ihre Familien Teil unserer demokratischen Gesellschaft sind, wird dann zur Selbstverständlichkeit.
Projekte wie »Lesezauber« gehören mittlerweile zu den klassischen Bürgerstiftungsprojekten. Durch ehrenamtliches Engagement kann nicht nur ohne bedeutenden finanziellen Einsatz gesellschaftliche Wirkung erzielt werden. Hinzu kommt das Potenzial für einen wachsenden Bekanntheitsgrad der Bürgerstiftung, nicht zuletzt, weil Kinder eine attraktive Zielgruppe darstellen.
Die Amadeu Antonio Stiftung war maßgeblich an der Konzeption und Durchführung erster Projekte der Bürgerstiftung beteiligt und stand der Stiftung auch in anderen Fragen beratend zur Seite. Nach einer dreijährigen Verwaltung durch die Amadeu Antonio Stiftung arbeitet die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark seit 2006 eigenständig als rechtsfähige Stiftung.

Bürgerstiftung Barnim-Uckermark
André Koch
Dr.-Zinn-Weg 18
16225 Eberswalde
Telefon 03334. 64 25 3
kontakt@barnim-uckermark-stiftung.de
www.barnim-uckermark-stiftung.de

Mit ihrer Gründung im November 2005 ist die Bürgerstiftung Pfalz zwar noch relativ jung. Sie hat aber in kurzer Zeit ein äußerst interessantes und überzeugendes Projekt entwickelt. Aufgrund der aktuellen Bildungssituation in Deutschland entschloss sich die Stiftung, bildungsbenachteiligten Kindern in der Pfalz unter die Arme zu greifen.

Forschungsergebnisse zeigen, dass bei Kindern aus »bildungsaufgeschlossenen« Familien die Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasialausbildung zu erlangen, fünf mal höher liegt als bei Kindern aus so genannten »bildungsfernen« Familien. Die Fachgruppe »Bildungschancen« der Bürgerstiftung hat sich aufgrund dieser Erkenntnis mit dem Projekt »Keiner darf verloren gehen« zum Ziel gesetzt, die Bildungschancen solcher Kinder durch ehrenamtliche Lernpaten zu verbessern. Dies soll durch eine individuelle Betreuung und Hilfe in enger Zusammenarbeit mit derzeit vier beteiligten Schulen, aber auch dem Jugendamt, dem Kinderschutzbund und einer Universität geschehen. Den Anstoß zur Entwicklung des Projektes gab nicht zuletzt die Erkenntnis, dass staatliche Stellen auf Bildungsbenachteiligung in der Regel mit Geld antworten, nicht aber mit Bildung und intensiverer Betreuung.

Ein Projektteam aus Lehrern der beteiligten Grundschulen und einer Diplom-Psychologin erarbeitete zunächst das pädagogische Konzept. Hauptbestandteile sind die Schulung von Lernpaten und deren konkrete Arbeit mit den Kindern. In der ersten Probephase sollen die Lernpaten schwerpunktmäßig im Nachmittagsschulbereich individuell mit den »bildungsbenachteiligten« Kindern arbeiten. Dabei wird auch auf eine enge Zusammenarbeit mit den Lehrern geachtet. Ziel: individuelle Defizite der Schüler bei schulischer und sozialer Entwicklung erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickeln.

Das Projekt besitzt aus mehreren Gründen Vorbildcharakter: Zunächst liegt hier ein klassisches Beispiel für innovatives Bürgerstiftungshandeln vor. Die Stiftung hat erkannt, dass ein bestimmter Problembereich – kontinuierliche Benachteiligung einer spezifischen Gruppe, in diesem Fall bildungsferne Schüler – von den zuständigen Stellen nicht ausreichend bearbeitet wird. Sie nimmt sich des Themas an und entwickelt ganzheitliche Lösungsansätze, für die eine breite Basis unterschiedlicher Akteure mobilisiert wird. Die Bürgerstiftung nutzt auf diese Weise ihre besondere Stellung in der Mitte der lokalen bzw. regionalen Gesellschaft.

Besonders hervorgehoben werden muss auch, dass die Paten vor ihrem Einsatz intensiv geschult und vorbereitet sowie während der Patenschaft regelmäßig gecoacht werden. Ein solches Vorgehen ist für eine qualitativ hochwertige Arbeit langfristig sehr wichtig. Zusätzlich dazu wird das Projekt in Zusammenarbeit mit der regionalen Universität professionell wissenschaftlich begleitet und evaluiert – auch dies stellt für Bürgerstiftungs-Projekte bisher keine Selbstverständlichkeit dar, sorgt aber für höhere Professionalität und ist bei der Konzeption neuer Projekte hilfreich.
Nach der Modellphase soll das Projekt auf alle Schulen in der Pfalz übertragbar sein. Dies ist für das zweite Halbjahr 2008 vorgesehen.

Bürgerstiftung Pfalz
Christiane Steinmetz
Lettengasse 4
76889 Gleiszellen-Gleishorbach
Telefon 06343. 93 61 05
info@buergerstiftung-pfalz.de
www.buergerstiftung-pfalz.de

Bürgerstiftungen und Abwanderung

Angebote schaffen, Verantwortung fördern
Bürgerstiftung ZwischenRAUM

Die ländlichen Regionen in Ostdeutschland stehen vor ständig wachsenden Problemen: Abwanderung junger Menschen, sinkende Kinderzahlen und Alterung der Wohnbevölkerung gehen einher mit schwindender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und schwacher sozialer Infrastruktur. Viele Menschen leiden unter Perspektivlosigkeit. Gerade für junge Menschen, die in ihrer Region eine Zukunft suchen, sind die eigenen lokalen Potenziale oft kaum erkennbar.

Die Bürgerstiftung ZwischenRAUM steuert diesen Tendenzen aktiv entgegen: Sie ist Trägerin der »Perspektive Netzwerkstelle Saale-Holzland-Kreis«. Die Perspektive-Netzwerkstellen werden von der Stiftung Demokratische Jugend und dem Bundesprogramm CIVITAS gefördert. Sie sind Kompetenznetzwerke, die notwendige Veränderungsprozesse initiieren, weiterentwickeln, moderieren und beraten. Ihre Arbeit knüpft immer an die spezifischen Bedingungen vor Ort an und entwickelt bedarfsgerechte Lösungen, um auf aktuelle Probleme zu reagieren. Langfristig sollen die Netzwerkstellen zu einem Motor selbstbestimmter Regionalentwicklung werden.

Natürlich sorgen in erster Linie vorhandene Arbeitsplätze dafür, dass die Menschen sich nicht von ihrer Region abwenden. Es ist klar, dass Bürgerstiftungen keine neuen Arbeitsplätze schaffen können. Die Bürgerstiftung ZwischenRAUM und die Netzwerkstelle versuchen daher, über »weiche Faktoren« der Abwanderung entgegenzuwirken. Deren wichtigster Bestandteil ist die Schaffung von Angeboten und Perspektiven für junge Menschen, gerade im ländlichen Raum. Auf diese Weise soll es gelingen, stabile Verantwortungsgemeinschaften im Gemeinwesen zu schaffen.

Gemeinsam mit anderen lokalen Akteuren will man bürgerschaftliches Engagement aktivieren und so den jungen Menschen zeigen, dass ihre Meinung gefragt ist. Dass sie durchaus etwas bewegen können. Und dass sie auf diese Weise Verantwortung für sich und ihre Region übernehmen. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Organisation von Schüler-Freiwilligentagen, bei denen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich einen Tag in gemeinnützigen Einrichtungen zu engagieren. Um Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, sich längerfristig zu engagieren, sollen im Landkreis weitere vier Schüler-Freiwilligenagenturen auf ehrenamtlicher Basis etabliert werden. Deren Aufgabe ist es, Mittler zwischen engagementbereiten Jugendlichen und Einrichtungen mit Unterstützungsbedarf zu sein.

Über diese »weichen Faktoren«, so hofft die Bürgerstiftung, kann langfristig ein Stück Verbundenheit mit der Region geschaffen werden, das der weiteren Abwanderung junger Menschen Perspektiven entgegensetzt. Der Einsatz der Bürgerstiftung für eine lebenswerte Region könnte Vorbildcharakter für weitere Bürgerstiftungen entwickeln, die in Gegenden beheimatet sind, die sich mit vergleichbaren Problemen konfrontiert sehen. Denn hier werden nicht nur kurzfristige Anreize geschaffen, sondern langfristig neue Angebote entwikkelt, gleichzeitig aber auch Verantwortung und Partizipation gerade bei jungen Menschen gefördert.



Bürgerstiftung
ZwischenRAUM
Doris Voll
Am Rähmen 27
07743 Jena
Telefon 03641. 6 34 95 8
buergerstiftung.zwischenraum@gmx.de
www.buergerstiftung-zwischenraum.de

Bürgerstiftungen für offene kommunale Netzwerke

Marktplatz – eine »win-win-Situation« für gemeinnützige und private Unternehmen

Bürgerstiftung ZwischenRAUM

Die Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen ist ein zentraler Punkt für Bürgerstiftungen, um ihre Arbeit auf finanziell solidere Füße zu stellen. Die Bürgerstiftung ZwischenRAUM aus Jena ist nun an einem Pilotprojekt beteiligt, das neue Kooperationsmöglichkeiten entstehen lässt. Denn ZwischenRAUM ist eine von drei ausgewählten Organisationen, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die »Marktplatz-Methode« in Deutschland erprobt. Ursprünglich stammt dieses Konzept aus den Niederlanden, soll nun jedoch auf Deutschland übertragen werden.

Wie das Wort »Marktplatz« schon erahnen lässt, treffen hier wie beim »klassischen« Markt Angebot und Nachfrage aufeinander. Gemeinnützige Organisationen und Privatunternehmen werden für ein paar Stunden an einem gemeinsamen Ort zusammen gebracht. Die Gemeinnützigen können hier ihre Nachfrage nach Unterstützung ihrer Ziele mit dem Angebot des gesellschaftlichen Unternehmerengagements verbinden. Im Gegensatz zu vielen anderen gewöhnlichen Märkten gibt es bei dieser Art außerdem einen besonderen Vorteil: für alle Beteiligten ist eine Mitwirkung mit einem Gewinn verbunden. Dieser besteht für die Unternehmen darin, sich ohne großen Zeitaufwand einen Überblick über die lokale Bürgergesellschaft machen zu können und zugleich eine ungewöhnliche Form der Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Neben anderen Vorteilen dient die Marktplatz-Methode natürlich auch dazu, neue Kunden zu gewinnen und neue Netzwerke zu bilden.

Im Umkehrschluss können die Gemeinnützigen die Chance wahrnehmen, neue Kontakte zur Privatwirtschaft zu knüpfen und damit das eigene Netzwerk auszubauen. Aber es gibt auch noch weitere Pluspunkte: sie können zum Beispiel unabhängiger von staatlichen Leistungen werden und Public Relation in eigener Sache betreiben. Auch einem dritten, eher passiven Beteiligten kommt die Methode zu Gute – nämlich der Kommune. Sie kann sich zum Beispiel einen Überblick über die Aktivitäten der lokalen Bürgergesellschaft verschaffen und herausfinden, wo bei der sozialen und kulturellen Daseinsfürsorge noch Defizite bestehen. Neben der eigentlichen Veranstaltung und Öffentlichkeitsarbeit für den Marktplatz, organisiert die Bürgerstiftung ZwischenRAUM sogenannte Botschafter. Diese sollen andere Unternehmen aus dem gemeinnützigen und dem privatwirtschaftlichen Sektor für die Veranstaltung gewinnen.

In den Niederlanden haben sich schon viele sinnvolle und nützliche Konstellationen aufgetan. So suchte zum Beispiel ein lokaler Erste-Hilfe-Klub Trainingsräume. Diese stellte ein Unternehmen zur Verfügung, wobei im Gegenzug drei Mitarbeiter des Unternehmens unentgeltlich ein Erste-Hilfe-Training erhielten. Oder ein anderes Beispiel: ein Unternehmen, das neue Computer beschafft hat, spendete die nicht mehr benötigten Rechner einem Nachbarschaftszentrum.

Die Marktplatzmethode stellt also ein innovatives Konzept der Zusammenarbeit zwischen gemeinnützigen Organisationen und lokalen Unternehmen dar, das eine »win-win-Situation« entstehen lässt. Die Arbeit von Bürgerstiftungen wird auf solidere Füße gestellt; gleichzeitig können neue Verbindungen geknüpft werden. Die Bürgerstiftung kann auf diese Weise dem Anspruch einen Schritt näher kommen, eine hervorragend vernetzte Institution in der Mitte der Gesellschaft zu sein.



Bürgerstiftung ZwischenRAUM
Doris Voll
Am Rähmen 27
07743 Jena
Telefon 03641. 6 34 95 8
buergerstiftung.zwischenraum@gmx.de
www.buergerstiftung-zwischenraum.de

Die 2004 gegründete Bürgerstiftung Halle setzt sich für eine lebendige demokratische Kultur unter Mitwirkung vieler Menschen, unabhängig von ihrer geografischen oder sozialen Herkunft, ein. Exemplarisch für die Bemühungen der Bürgerstiftung Halle ist das Projekt »Werkstattgespräche«. Die Gespräche sind inzwischen zu einer festen Tradition geworden und fanden 2006 bereits zum vierten Mal statt. Sie verkörpern den Charakter der Stiftung, die auch in ihrer Arbeitsweise partizipatorisch und in ihrer Struktur von breitem bürgerschaftlichem Engagement und demokratischem Bemühen geprägt ist.

Die Werkstattgespräche verstehen sich als eine Art öffentlicher Klausurtagung. Sie verkörpern damit das Anliegen der Stiftung, dass Menschen in Halle sich stärker für die Belange ihres Gemeinwesens verantwortlich fühlen. Stifterinnen und Stifter kommen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Soziales zusammen und diskutieren aktuelle Belange der Stadt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann – und welche Rolle die Bürgerstiftung dabei spielt. Ziel der Werkstattgespräche ist es, das Netz engagierter Bürgerinnen und Bürger in Halle auszuweiten und zu verdichten. Auf der Grundlage der bereits bestehenden Ansätze sollen konkrete Ideen dafür erarbeitet werden, was die Stiftung auch zukünftig leisten soll und kann.
Thema der diesjährigen Werkstattgespräche war der Bevölkerungswandel in Halle. Im Mittelpunkt stand die Frage, was eine engagierte Bürgerschaft zur Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung leisten kann. Dabei wurden auch neue Projektideen der Bürgerstiftung vorgestellt, zur Diskussion gestellt und versucht, die Anregungen der Gesprächsteilnehmer aufzunehmen.



Die Werkstattgespräche stehen auf diese Weise vorbildlich für eine Bürgerstiftung, die nah an den Bedürfnissen ihrer lokalen Umgebung agiert, unterschiedliche Meinungen einholt und Partizipation großschreibt. Basisnähe bleibt keine leere Parole, und das Netzwerk der Bürgerstiftung kann sich vergrößern. Die Werkstattgespräche stellen ein interessantes Modell für alle Bürgerstiftungen dar, die regelmäßig mit den Menschen vor Ort in Kontakt bleiben wollen, demokratische Elemente hervorheben und Anregungen von Außen nicht als unwillkommene Störung empfinden.

Bürgerstiftung Halle
Anna Schnitzer
Wilhelm- Külz- Straße2-3
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345. 68 58 79 6
buerger.stiftung@halle.de
www.buergerstiftung-halle.de

III Handreichungen für die Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeit schaffen ist zentral für Bürgerstiftungen, um ihr Engagement bekannt und ihre Arbeit als zivilgesellschaftliche Akteure lokal, regional und überregional sichtbar zu machen. Einen besonderen Anlass hierfür bietet beispielsweise jedes Jahr der 1. Oktober als »Tag der Bürgerstiftungen«.

Für die Arbeit von Bürgerstiftungen ist die Außendarstellung ein strategisch entscheidender Punkt. Ihre Bekanntheit zu vergrößern, ist Dreh- und Angelpunkt ihrer Arbeit. Ein Instrument ist eine gemeinsame Außendarstellung. Durch strategische Öffentlichkeitsarbeit sollen die bislang erzielten Erfolge von Bürgerstiftungen und Bürgerstiftungsinitiativen langfristig gesichert und angestoßene Prozesse weiterentwickelt werden.

Als Hilfsmittel befinden sich im Anhang Kopiervorlagen zu den folgenden Themen:

- Eine Bürgerstiftung…
- Kriterien für demokratische Bürgerstiftungen
- Eine Vision: „Ein Haus für Stifter“
- Kriterien für eine Gründung
- Steuerliche Förderung für Bürgerstiftungen
- Die unselbständige Stiftung
- Stolpersteine für Bürgerstiftungen
- Die wichtigsten Fundraisingstrategien

Die Kopiervorlagen sind das Ergebnis einer kooperativen Erarbeitung zwischen verschiedenen Bürgerstiftungen, der Freudenberg Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung. Für alle Beteiligten war dies auch ein Prozess der Selbstreflexion, in dem sie das Bewusstsein über ihre Arbeit geschärft haben.



Eine Bürgerstiftung…

- ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Gemeinschaftsstiftung, an der sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen
- arbeitet in einem geografisch eingegrenzten Wirkungskreis: in einer Stadt, einem Landkreis oder einer Region
- baut langfristig Kapital auf und sammelt Spenden
- unterstützt mit den Erträgen bürgerschaftliches Engagement, stärkt Eigeninitiative und leistet Hilfe zur Selbsthilfe
- fördert innovative Projekte und schließt mit eigenen Projekten Lücken staatlichen Handelns
- kann durch ihren weit gefassten Stiftungszweck in vielen Gesellschaftsbereichen aktiv werden
- macht ihre Arbeitsweise transparent und informiert Geldgeber und Öffentlichkeit regelmäßig über Ziele, Aktivitäten und Mittelverwendung



Kriterien für demokratische Bürgerstiftungen I

- Bürgerstiftungen setzen sich für die nachhaltige Grundbedürfnisbefriedigung und die Verbesserung der Lebensqualität aller in einem Gemeinwesen lebenden Bürger ein und fördern damit das soziale Zugehörigkeits-, Verantwortungs-, Gerechtigkeits- und Sicherheitsempfinden auf lokaler Ebene.

- Bürgerstiftungen engagieren sich für die gleichberechtigte Teilnahme ethnischer und kultureller Minderheiten in einem Gemeinwesen und in ihren eigenen Organen.

- Bürgerstiftungen treten entschieden gegen lokale Demokratiegefährdungen auf, das heißt gegen lokale Bestrebungen, die die Verbrechen des NS verharmlosen, Ungleichwertigkeitsideologien verbreiten oder Menschen- und Grundrechte missachten.

- Voraussetzung der Mitwirkung in einer Bürgerstiftung ist ein Selbstverständnis, das auf der Gleichheitsannahme beruht.



Kriterien für demokratische Bürgerstiftungen II

- Vorleben: Bürgerstiftungen leben in ihren Entscheidungsstrukturen und Verteilungsprozessen die Umsetzung der Prinzipien von Gesamtverantwortung, Minderheitenschutz, Gleichwertigkeit, Vielfalt und Offenheit vor. Sie haben transparente Beteiligungs- und konstruktive Konfliktbearbeitungsformen.

- Ein zentrales Anforderungskriterium an gemeinsam entwickelte Praxisprojekte ist der zu erwartende Beitrag für das Gemeinwesen zur sozialen Integration und Vielfalt der Kulturen auf demokratischer Basis in der Region.

Eine Vision: »Ein Haus für Stifter«

Gebraucht wird eine Bürgerstiftung, die ein Haus für Stifter bietet. Es muss der Eindruck entstehen: Hier ist meine kleine Stiftung gut aufgehoben, hier wird seriös und ethisch einwandfrei mit meinem Geld umgegangen und es ist hier so sicher wie in der Kirche oder in der Kommunalverwaltung. Hier ergänzt mein Geld nicht nur den städtischen Haushalt, sondern es wird

- kreativ,
- kundig und
- verantwortlich mit ihm umgegangen.

In dem Haus gibt es stets hauptamtlich und ehrenamtlich wirkendes Personal, das Innovationslücken staatlichen Handelns entdeckt und das Geld so einsetzt, dass solche Lücken geschlossen werden können.

Kriterien für eine Gründung

- Gibt es soziale Probleme und öffentliche Aufgaben, bei deren Bewältigung es privater Initiative bedarf?

- Wird private Initiative vor allem wegen der Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte wichtiger oder gibt es andere Gründe?

- Gibt es Ansätze, an die man anknüpfen kann?

- Was aber kann die Bürgerstiftung, was die Vereine und Initiativen nicht können? Was ist der Nutzen einer Bürgerstiftung für diese?



Steuerliche Förderung für Bürgerstiftungen

■ Bei Stiftungsgründung:

bis zu 307.000 € insgesamt verteilbar über 10 Jahre (zusätzlich).

■ Allgemeiner Spendenabzug:

Ausgaben für wissenschaftliche, mildtätige und förderungswürdige kulturelle Zwecke 10 %,
für alle anderen förderungswürdigen gemeinnützigen, kirchlichen, religiösen Zwecke 5 %.

■ Zusätzlicher Abzug für Stiftungen:

für einige Zwecke zusätzlich bis zu 20.450 €.

■ Großspendenregelung:

für wissenschaftliche, mildtätige, kulturelle Zwecke Spende über 25.565 € auf folgende 5 Jahre verteilbar.



Die unselbständige Stiftung
Donor advised funds

Es besteht die Möglichkeit, eine unselbständige Stiftung unter dem Dach einer Bürgerstiftung oder einer anderen gemeinnützigen Organisation zu errichten. Diese unselbständige Stiftung verfolgt den vom Stifter bestimmten Zweck und trägt den von ihm festgelegten Namen. Diese Stiftung kann mit eigenen Kontrollorganen versehen werden. Die unselbständige Stiftung beinhaltet alle Elemente einer selbständigen Stiftung mit Ausnahme der Rechtsfähigkeit. Für die Verwaltung dieser Stiftung werden anteilig Verwaltungsgebühren erhoben.

Vorteile einer unselbständigen Stiftung

- Sicherung des Vermögens auf Dauer
- Erhalt der Wertvorstellungen
- Eigener Name
- Einfluss auf Mittelverwendung
- Steuerbegünstigung: Die unselbständige Stiftung wird steuerlich wie eine selbständige rechtsfähige Stiftung behandelt, jedoch:
- kein »Mindestkapital«.
- schnelle Errichtung
- kein Anerkennungsverfahren
- keine staatliche Aufsicht
- geringerer Verwaltungsaufwand
- hohe Flexibilität: leichte Änderbarkeit von Treuhandvertrag und Satzung durch Stifter und Treuhänder



Stolpersteine

- Die Bürgerstiftung muss zugleich das Vertrauen von Mäzenen gewinnen und viele Menschen an der Gestaltung der Stiftung beteiligen.

- Die Bürgerstiftung steht in Konkurrenz zu den Kommunen, der Kirche und den Banken.

- Die Bürgerstiftung braucht konkrete Themen und eine Geschäftsführung, die sich darum bemüht.

- Bürgerstiftungen geraten in der Aufbauphase leicht in Gefahr, als Konkurrenten um knappe Mittel betrachtet und von etablierten Einrichtungen des »Dritten Sektors« behindert zu werden.



Fundraising-Strategien für Bürgerstiftungen

Fundraising ist nicht allein die reine Geldbeschaffung bzw. die direkte Ansprache von potentiellen Stiftern und Spendern. Ein professionelles Fundraising-Konzept ist als ganzheitliches Instrument des Beschaffungsmarketings zu verstehen.
Es setzt sich zusammen aus verschiedenen, miteinander abgestimmten Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen wie

- Organisationsentwicklung (Leitbild- und Strategieentwicklung u. a. m.)
- Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Imagebroschüre, Pressearbeit, Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen etc.)
- Projektarbeit/-management (Initiierung, Durchführung und Förderung ausgewählter Projekte).

Es beinhaltet ein umfassendes Kommunikationskonzept und regelmäßige Beziehungspflege.



Die wichtigsten Fundraisingstrategien sind:

- Spendensammlungen und -kampagnen (Geld, aber auch Sachspenden wie Möbel oder Dienstleistungen)
- Aufbau eines Förderkreises mit DauerspenderInnen
- Bußgeldmarketing
- Unternehmensansprache (Sponsoring/Corporate Citizenship)
- Einwerben von Fördermitteln von staatlichen bzw. kommunalen Stellen und von privaten Stiftungen
- Erbschaftsmarketing

Spezifische erfolgreiche Fundraisingstrategien, Kampagnen und Aktionen für Bürgerstiftungen mit dem Ziel Gründungsstifter, Zustifter und Spender zu gewinnen, sind:

- Kommunale »Türöffner« einbinden
- Einen Matching Fund einrichten
- Öffentliche Würdigung von Stiftern
- Ansprache von ehemaligen Stadtbewohnern und anderen Menschen, die sich mit der Stadt oder Region verbunden fühlen (Diaspora Giving)
- Dienstleistungen für Stifter anbieten
- Spenden-Events

Autorinnen und Autoren

Philipp Hoelscher
ist Politologe und Romanist. Seit 2006 ist er u.a. in der Amadeu Antonio Stiftung für das Projekt »Gemeinsam den Osten bewegen – Bürgerstiftungen engagieren sich« verantwortlich. Von 2004 bis 2006 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.

Anetta Kahane
ist Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Zuvor war sie Geschäftsführerin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin, zu der auch das Zentrum Demokratische Kultur gehört. Seit über dreizehn Jahren engagiert sie sich für eine demokratische Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Christian Petry
ist seit 1984 Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung. Er studierte Geschichte und Soziologie in Berlin und arbeitete in der Arbeitsgruppe Lehrer und Sozialwissenschaftler im Landerziehungsheim Birklehof und an der Gesamtschule Weinheim mit. Von 1974 bis 1979 war er Leiter eines Regionalen Pädagogischen Zentrums in Aurich, Ostfriesland. Bis 1984 leitete er die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher im Ruhrgebiet.

Timo Reinfrank
ist Diplom-Politologe und seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung, zuständig für die Stiftungskoordination. Von 1998 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jüdischen Museums Berlin, von 1999 bis 2001 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, seit 2003 stellvertretender Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V.

Dr. Peter Walkenhorst
ist Leiter des Projekts »Bürgerstiftungen« der Bertelsmann Stiftung. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist er u.a. verantwortlich für das »Transatlantic Community Foundation Network« (TCFN), das einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Bürgerstiftungen aus Europa, Nordamerika und Mexiko organisiert.

Danksagung

Diese Broschüre und auch das Projekt »Gemeinsam den Osten bewegen« wären nicht zustande gekommen ohne die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank an: den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit; die Senatskanzlei Berlin, Marieluise Gregersen; die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung; die Stiftung Demokratische Jugend, Andreas Pautzke, Ute Seckendorf, Maria Pfennig und Norbert Poppe; die Staatskanzlei Brandenburg, Manfred Bauer; die Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Frank Tidick; die Sächsische Staatskanzlei, Herrn Wagner; die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Bernd Lüdkemeier; die Staatskanzlei Freistaat Thüringen, Dr. Dr. Dietmar Görgmeier M.A.; das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Rupert Graf Strachwitz und Thomas Ebermann; André Koch und Uta Leichsenring von der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark; Dr. Kurt Anschütz und Friedemann Walther von der Bürgerstiftung Neukölln; Andreas Hesse und Susanne Steuer von der Bürger.Stiftung.Halle; Mia Weselmann von der Bürgerstiftung Hamburg; Doris Voll und Kati Langenberger von der Bürgerstiftung ZwischenRAUM aus Jena; Doris Elfert von der Bürgerstiftung Weimar; Dr. Helena Stadler und Aldo Graziani von der Bürgerstiftung Berlin; Dr. Elisabeth Nilkens von der Hertener Bürgerstiftung; Klaus Pierow von der Initiative Bürgerstiftung Osthavelland; Karin Gruhlke von der Bürgerstiftung Parchim; Christiane Steinmetz von der Bürgerstiftung Pfalz; Marion Rohland von der Bürgerstiftungsinitiative Sangerhausen; Sven Forkert von Aktion Zivilcourage; Angela Klier vom Förderverein JKuSZ Aue e.V.; Dr. Peter Walkenhorst von der Bertelsmann Stiftung; Bernardino Casadei von der Fondazione Cariplo; Dierk Borstel vom Zentrum Demokratische Kultur; Bernadette Hellmann und Dr. Stefan Nährlich vom Verein Aktive Bürgerschaft e.V. sowie Susanna Harms und Christoph Zarft.

Ansprechpartner für Bürgerstiftungen

Aktive Bürgerschaft e.V.
Bernadette Hellmann
Referentin Bürgerstiftungen
Albrechtstraße 22
10117 Berlin
Telefon 030. 24 00 08 80
bernadette.hellmann@aktive-buergerschaft.de
www.buergerstiftungen.info

Amadeu Antonio Stiftung
Anetta Kahane, Timo Reinfrank
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon 030. 24 08 86 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung
Peter Walkenhorst
Carl-Bertelsmannstraße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241. 818 11 72
peter.walkenhorst@bertelsmann.de
www.bertelsmann.de

Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Dr. Ansgar Klein
Bundesgeschäftsstelle
Michaelkirchstraße 17–18
10179 Berlin-Mitte
Telefon 030. 62 98 01 10
info@b-b-e.de
www.b-b-e.de

Freudenberg Stiftung
Christian Petry
Freudenbergstraße 2
69469 Weinheim/Bergstraße
Telefon 06201. 174 98
info@freudenbergstiftung.de
www.freudenbergstiftung.de

Initiative Bürgerstiftungen
Katrin Sachs
Mauerstraße 93
10117 Berlin
Telefon 030. 89 79 47 90
buergerstiftung@stiftungen.org
www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

Maecenata Institut für Philantropie
und Zivilgesellschaft
Rupert Graf Strachwitz
Albrechtstrasse 22
10117 Berlin
Telefon 030. 28 38 79 09
mi@maecenata.eu
www.maecenata.eu

Stiftung Bürger für Bürger
Singerstraße 109
10179 Berlin
Telefon 030. 24 31 49-0
info@buerger-fuer-buerger.de
www.buerger-fuer-buerger.de

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon 02 28. 6 04 24-0
info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Netzwerk Bürgerstiftungen für
Nachhaltigkeit
Buschstraße 85
53113 Bonn
Telefon 0228. 2 01 61-0
info@wilabonn.de
www.stiftungsnetz.wilabonn.de

Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung möchte dazu beitragen, Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliches Handlungsmodell in Ostdeutschland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gemeinsam mit ihren Partnern, insbesondere der Freudenberg Stiftung und dem Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, entwickelt die Stiftung Vorschläge und Kriterien für die Integration demokratischer Standards in die Praxis einer Bürgerstiftung und unterstützt lokale Akteure bei deren Umsetzung.

Die Amadeu Antonio Stiftung berät Interessierte über die Möglichkeiten, die das Modell der Bürgerstiftung für eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern bietet. Initiativen, die eine Bürgerstiftung gründen möchten, werden in der Gründungsphase und bei der Entwicklung erster Projekte begleitet und unterstützt. Hierbei bringt die Amadeu Antonio Stiftung ihre langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für eine demokratische Kultur sowie ihre Kompetenzen im Bereich der Projektentwicklung und -beratung, der Konzeption von Förderprogrammen, der Organisationsentwicklung, der Öffentlichkeitsarbeit und des Fundraisings ein.

Das Angebot

Die Amadeu Antonio Stiftung bietet Information, Beratung und Begleitung u.a. zu folgenden Fragen an:

- Wie können möglichst viele Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen des Gemeinwesens (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Medien etc.) für die Idee der Bürgerstiftung und ihre praktische Unterstützung gewonnen werden?
- Wie kann ihre Partizipation gesichert werden?
- Wie können demokratische Standards in der Satzung einer Bürgerstiftung verankert werden?
- Wie wird die Bürgerstiftung in der Öffentlichkeit präsentiert?
- Welche Projekte, Förderprogramme oder Wettbewerbe eignen sich am besten zur Umsetzung des Stiftungszwecks, zur Stärkung einer demokratischen Stadt- oder Regionalkultur?
- Welche finanziellen Ressourcen kann sich die Bürgerstiftung erschließen?

Neben der Information und Beratung gehört zu den Angeboten der Stiftung die

- Erarbeitung und Verbreitung von Materialien, die den Aufbau einer Bürgerstiftung unterstützen;
- Organisation von Erfahrungsaustausch und Vernetzung;
- Einrichtung einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach der Amadeu Antonio Stiftung (als Organisationsstruktur für den Aufbau einer Bürgerstiftung);
- Unterstützung bei der Suche nach Geldgebern, z. B. für einen *Matching Fund*.

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon 030. 24 08 86 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Diese Broschüren sind auf Anfrage bei der Amadeu Antonio Stiftung erhältlich. Mehr Informationen erhalten Sie telefonisch unter:

030. 240 886 10

oder

info@amadeu-antonio-stiftung.de





